



2024 - 2026

GESCHÄFTSBERICHT

SPD
BADEN-WÜRTTEMBERG

Impressum:

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
vertreten durch den Generalsekretär Sascha Binder
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Telefon: +49 711/61936-0
bawue@spd.de

INHALT

Inhalt	1
1. VORWORT	3
2. LANDESVORSTAND	5
>> WAHLEN	5
>> AUSBLICK	10
>> WEITERE PARTEI- & GREMIENARBEIT	10
>> WEITERE VERANSTALTUNGEN	12
3. BERICHT DES SCHATZMEISTERS	15
4. BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION	19
5. INTERNER KASSENBERICHT	21
6. LANDESSCHIEDSKOMMISSION	22
7. ORGANISATIONSBERICHT	23
8. LANDTAGSFRAKTION	27
9. LANDESGRUPPE IM BUNDESTAG	31
10. ABGEORDNETE IM EUROPAPARLAMENT	34
11. BUNDESTAGSWAHL 2025	37
12. LANDTAGSWAHL 2026	39
13. (OBER-)BÜRGERMEISTER:INNENWAHLEN	40
14. AFA – ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEIT	42
15. SPD FRAUEN	45
16. JUSOS	51
17. AG 60PLUS – ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER SENIOR:INNEN	54
18. ASJ – ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURIST:INNEN	57
19. AG SELBSTAKTIV	60
20. ASG – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALDEMOKRAT:INNEN IM GESUNDHEITSWESEN	61
21. AGS – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN IN DER SPD	62
22. AFB – ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG	64
23. AG MIGRATION UND VIELFALT	65
24. AG QUEER	67
25. SGK – SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK	68
26. SPORTBEIRAT	71
27. AK CHRIST:INNEN DER SPD	73

28. AK SÄKULARITÄT UND HUMANISMUS	74
29. FORUM EINE WELT	76
30. FORUM ENERGIE UND UMWELT	78
31. HISTORISCHE KOMMISSION	79
32. MITGLIEDERSTAND	80
33. DURCHSCHNITTSBEITRÄGE	82
34. TERMINKALENDER	84
35. TOTENGEDENKEN	88

1. VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Geschäftsbericht gilt es für mich nicht nur auf die letzten zwei Jahre zurückzublicken, sondern auf eine längere Wegstrecke unserer gemeinsamen Arbeit. Gleichzeitig will ich den Blick auch nach vorn richten – auf die Aufgaben, die vor uns liegen, und auf die Neuaufstellung, die wir gemeinsam angehen.

Der zurückliegende Landtagswahlkampf war intensiv und sein Ausgang hat uns, aber auch mich persönlich tief getroffen. Unzählige Genossinnen und Genossen haben in diesem Winterwahlkampf mit beeindruckendem Einsatz an Türen geklopft, Gespräche geführt, Infostände organisiert und unsere Positionen engagiert in die Öffentlichkeit getragen. Wir haben die Lebensrealität der vielen hart arbeitenden Menschen in Baden-Württemberg in den Mittelpunkt gestellt. „Weil es um Dich geht“ war nicht nur der Slogan unserer Kampagne, sondern auch Ausdruck unseres politischen Anspruchs. Dennoch ist es uns nicht gelungen, ausreichend Gehör zu finden. In einem personalisierten Wahlkampf, der sich immer stärker nur auf einen Zweikampf zwischen Özdemir und Hagel verengt hat, wurden unsere Inhalte und unsere Rolle zunehmend an den Rand gedrängt.

Das Wahlergebnis hat unsere Partei in ihren Grundfesten erschüttert. Dass wir uns als SPD mit einem Resultat im Bereich der Fünf-Prozent-Hürde auseinandersetzen müssen, hätte ich mir nicht vorstellen können. Umso schwerer wiegt dieses Ergebnis – für die vielen Kandidierenden, die nun nicht die Möglichkeit haben, ihre Arbeit im Parlament fortzusetzen oder aufzunehmen, für die zahlreichen Engagierten im Wahlkampf und für alle, die sich mit großem persönlichem Einsatz für unsere Partei stark gemacht haben. Vor allem aber auch für die Menschen, für die wir jeden Tag politisch arbeiten und kämpfen und die auf eine starke sozialdemokratische Stimme angewiesen sind.

Vor diesem Hintergrund habe ich entschieden, meine Ämter als Landesvorsitzender und als Vorsitzender der Landtagsfraktion niederzulegen. Diese Entscheidung ist Ausdruck meiner Verantwortung gegenüber unserer Partei und zugleich ein Schritt, um den notwendigen Raum für einen Neuanfang zu schaffen.

Ich möchte diesen Moment nutzen, um Euch allen meinen aufrichtigen Dank auszusprechen – für Euer Vertrauen, Eure Unterstützung, Eure kritischen Impulse und Eure unermüdliche Arbeit in all den Jahren. Dass ich diese Verantwortung tragen durfte, habe ich vor allem Euch zu verdanken.

Ich bin fest davon überzeugt, dass jetzt die Zeit gekommen ist, unsere Partei neu aufzustellen. Dieser Prozess wird uns fordern, aber er bietet auch die Chance, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und unsere sozialdemokratischen Grundüberzeugungen wieder stärker sichtbar zu machen. Denn eine starke SPD wird in unserem Land mehr denn je gebraucht – als verlässliche Kraft für soziale Gerechtigkeit, für Zusammenhalt und für eine Politik, die die Interessen derjenigen in den Mittelpunkt stellt, die sonst allzu oft überhört werden.

Der neuen Führung unseres Landesverbands wünsche ich Mut, Klugheit und das nötige Geschick, unsere Partei wieder zu stärken, den Zusammenhalt zu bewahren und in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Von Herzen alles Gute.

Euer



Andreas Stoch
SPD-Landesvorsitzender



2. LANDESVORSTAND

>> WAHLEN

Die vergangenen zwei Jahre waren für die SPD Baden-Württemberg eine Phase seltener politischer Intensität und tiefgreifender Veränderungen. Unsere Arbeit war geprägt von der Notwendigkeit, in einer Zeit von wachsenden globalen und nationalen Unsicherheiten klare sozialdemokratische Antworten zu geben. Während die Auswirkungen weltpolitischer Krisen die wirtschaftliche Basis Deutschlands und verstärkt auch Baden-Württembergs unter Druck setzten, sahen wir uns hier im Ländle mit einem lähmenden Stillstand der grün-schwarzen Landesregierung konfrontiert. In diesem Spannungsfeld agierte der Landesvorstand mit dem Ziel, die Interessen der arbeitenden Mitte, der Familien und derer, die unseren Staat tagtäglich tragen, in den Mittelpunkt zu rücken.

Das politische Handeln in diesem Berichtszeitraum war maßgeblich durch zwei große Wahlkämpfe bestimmt. Die vorgezogene Bundestagswahl 2025 und die darauffolgende Landtagswahl 2026 verlangten unserer Organisation viel ab. Trotz der schwierigen Ausgangslage blieb die SPD Baden-Württemberg standhaft und übernahm Verantwortung, wo es nötig war. Wir haben in diesen zwei Jahren gezeigt, dass wir eine Partei sind, die nicht nur verwalten, sondern gestalten und anpacken möchte. Auch jetzt sind wir bereit, aus der herben Niederlage bei der Landtagswahl die notwendigen Konsequenzen für eine bessere Zukunft unserer Partei zu ziehen und zu agieren.

Bundestagswahl 2025

Der Weg zur Bundestagswahl 2025 begann für uns in Baden-Württemberg rasant mit einer vorgezogenen Listenaufstellung, welche noch im Dezember in Schwäbisch Gmünd abgehalten wurde. Mit einer starken und engagierten Landesliste ging es in den Wahlkampf.

Dieser war von einer hohen Intensität und verstärkter Präsenz vor Ort geprägt. Unter anderem durch die vier Townhall-Veranstaltungen von Kanzler Olaf Scholz in Baden-Württemberg sowie zahlreichen Besuchen des Landesvorsitzenden Andreas Stoch bei Arbeitnehmer:innen und Unternehmen.

Trotz des großartigen Engagements unserer Wahlkämpfer:innen war das Wahlergebnis eine Niederlage. SPD-Landeschef Andreas Stoch ordnete dieses



Mit Saskia Esken an der Spitze zogen wir in die Bundestagswahl 2025.

als Ausdruck des Wunsches der Menschen nach einer anderen Regierung und neuen Gesichtern ein. Auch gelang es der SPD nicht, einen weiteren Zuwachs der AfD zu verhindern oder sich von der negativen Bewertung der Ampelkoalition zu befreien.

Dennoch zeigten wir in dieser Niederlage, dass wir uns auch von dieser nicht kleinbekommen lassen und weiterhin Verantwortung für dieses Land und die Menschen tragen wollen. Mit einer Zustimmung von fast 85 Prozent beim Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag mit der CDU ermöglichte die SPD eine stabile Regierung in schwierigen Zeiten und setzte ein massives Milliardenpaket für die Erneuerung unserer Infrastruktur durch. Positiv für uns als SPD Baden-Württemberg ist auch, dass das Vertrauen in unsere Landesgruppe bestehen bleibt. So stellt diese in der neuen Wahlperiode drei Parlamentarische Staatssekretär:innen: Katja Mast im Ministerium für Arbeit und Soziales, Rita Schwarzelühr-Sutter im Umweltministerium und Nils Schmid im Verteidigungsministerium. Weiterhin sind mit Derya Türk-Nachbaur und Johannes Fechner zwei unserer Topleute als parlamentarische Geschäftsführer:innen in der Bundestagsfraktion vertreten. Martin Gerster wurde in seinem Amt als Vorsitzender der SPD-Landesgruppe bestätigt, seine Stellvertreterinnen sind Isabel Cademartori und Derya Türk-Nachbaur.

Landtagswahl 2026

Nahtlos an den Bundeswahlkampf schloss sich die Vorbereitung auf die Landtagswahl 2026 an. Bereits im Mai 2025 nominierte der Landesvorstand Andreas Stoch einstimmig als Spitzenkandidaten. Direkt im Anschluss dieser Landesvorstandssitzung fand auch das erste Kandidierendentreffen statt. Es war der Anspruch des Landesvorstandes, die Kandidierenden frühzeitig in alle Prozesse einzubinden und diese mit Informationen zu versorgen. So wurden ihnen erste Hilfsmittel, wie das Kandidierendenhandbuch, die Frühsommerkampagne und der Verlauf der Wahlkampfvorbereitungen vorgestellt. Diese Informationen waren zusätzlich in einem Raum des Roten Netzes hinterlegt – ein digitaler Raum, der sich zunehmend füllte.



Nominierung des Spitzenkandidaten Andreas Stoch im Mai 2025

Ergänzt wurde dies durch Formate wie die „Botschaft der Woche“, welche Themen wöchentlich in knappen, aber präzisen Vorlagen aufarbeitete und damit nutzbar machte. Die wöchentliche,

digital stattfindenden Kandidierendenschalten, aber auch die ad hoc einberufenen Videokonferenzen zu aktuellen Themen und die digitalen Bildungsangebote komplettierten dieses Angebot. Im Oktober 2025 fand ein weiteres Präsenztreffen der Kandidierenden im DGB-Haus in Stuttgart statt, bei der erstmals auch der Look der Kampagne präsentiert wurde.

Dem eindeutigen Votum des Landesvorstandes im Mai folgte der Listenparteitag am 05.07.2025 in Fellbach, auf welchem Andreas Stoch mit eindrucksvollen 94,6 Prozent der Stimmen als Spitzenkandidat bestätigt wurde. Auf der Liste folgten ihm engagierte Kandidat:innen aus 70 Wahlkreisen, die bis zum letzten Tag einen engagierten Landtagswahlkampf auf die Strecke brachten. Insgesamt trat die Landes-SPD zur Wahl mit einer nahezu paritätisch besetzten Liste an, die 33 Frauen und 37 Männer umfasste.



70 starke Landtagskandidierende traten zur Landtagswahl 2026 an.

Unsere Kommunikation wurde in den letzten zwei Jahren stetig professionalisiert. Mit der bereits erwähnten wöchentlichen „Botschaft der Woche“ gelang es uns, einheitliche Sprachregelungen und Grafiken bis in die Ortsvereine zu tragen. Die Kampagnenplattform andreas-dreht-das.de und die enge Zusammenarbeit mit der Agentur BrinkertLück fokussierte sich auf eine moderne, menschenzentrierte Ansprache.

Frühsommerkampagne „Andreas dreht das“

Mit der Kampagne „Andreas dreht das“ im Frühsommer 2025 wurde Spitzenkandidat Andreas Stoch frühzeitig als sympathischer und lösungsorientierter Macher für Baden-Württemberg positioniert. Ziel war es, seine Person unabhängig von bundespolitischen Entwicklungen zu stärken und ihn als glaubwürdige Antwort auf die zentralen Herausforderungen des Landes wahrnehmbar zu machen. Inhaltlich konzentrierte sich die Kampagne auf die Themen Bildung, Wirtschaft und Wohnen. Ergänzend wurde mit der aufmerksamkeitsstarken Botschaft „Schluss mit...“ gearbeitet, die Missstände der Landesregierung plakativ und pointiert benannte – etwa mit Aussagen wie „Schluss mit mangelhaft!“, „Schluss mit abhängt!“ und „Schluss mit Wucher!“.

Vier Schwerpunktthemen

Die Parteiarbeit selbst blieb trotz der Wahlkampfbelastung ein Raum für breite Beteiligung. Beispielsweise wurde das von der zuständigen Programmkommission, unter Vorsitz von Rita-Schwarzelühr-Sutter, vorgeschlagene Programm, in seinen Grundzügen bereits auf unserem Debattencamp auf Fridas Pier in Stuttgart im Juli 2025 vorgestellt und diskutiert. Zu Gast war Alexander Schweizer als damaliger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Mit über 200 Teilnehmenden legten wir die Eckpfeiler dieses Programms fest und klärten wichtige Details. Das Wahlprogramm wurde – nach weiteren Eingaben durch unsere Kreisvorsitzenden bei einer gemeinsamen Landesvorstandssitzung – bei unserem ordentlichen Landesparteitag in Ulm im November 2025 verabschiedet.



Debattencamp auf Fridas Pier im Juli 2025

In der inhaltlichen Arbeit haben wir uns konsequent als die Kraft positioniert, die den Stillstand von Grün-Schwarz beenden wollte. Ein zentraler Pfeiler war dabei die **Wirtschaftspolitik**. Angesichts der Wirtschaftsflaute forderten wir etwa eine Transformationsmilliarde, um den klimagerechten Umbau der Industrie voranzutreiben und Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern. Für uns war und ist auch klar, dass staatliche Unterstützung an Standort- und Beschäftigungszusagen geknüpft sein muss. Wir haben uns dabei als Partner der Leistungsträger:innen verstanden – der Menschen, die im Handwerk, in der Pflege oder in der Industrie den Laden am Laufen halten.

Im Bereich der **Bildung** haben wir den massiven Unterrichtsausfall und den Mangel an 60.000 Kitaplätzen als Armutszeugnis für ein reiches Land wie Baden-Württemberg benannt. Unsere Forderungen nach einer gesetzlich verankerten Unterrichtsgarantie und gebührenfreien Kitas blieben zentrale Anliegen, um Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern zu entkoppeln.

Auch beim Thema **Wohnen** haben wir mit dem Konzept der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft „BWohnen“ und der Forderung nach einer Ausweitung der Mietpreisbremse konkrete Lösungen gegen die explodierenden Mieten vorgelegt.

Im Bereich **Gesundheit und Pflege** standen wir fest an der Seite der Schwächsten und mobilisierten gegen die Pläne der Landesregierung, Pflegerechte unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus zu beschneiden. Ebenso kämpften wir vehement für den Erhalt der Notfallpraxen, insbesondere im ländlichen Raum.

Landtagswahlkampagne „Weil es um Dich geht“

Flankiert wurde das Programm von unserer Kampagne. Das zentrale Narrativ der Kampagne stellte den Menschen und seine Lebensrealität konsequent in den Mittelpunkt politischen Handelns. Unter der Leitidee „Weil es um den Menschen geht“ wurde Andreas Stoch als Vertreter der arbeitenden Mitte positioniert – und die SPD als Partei, die nicht abstrakte Kennzahlen oder milliardenschwere Programme in den Vordergrund stellt, sondern die konkreten Sorgen der Menschen in Baden-Württemberg. Themen wie Arbeitsplatzsicherheit, faire Löhne, soziale Absicherung und bezahlbares Leben wurden dabei bewusst mit einer klaren Abgrenzung zu CDU und Grünen verbunden. Die Kampagne vermittelte das Bild einer SPD, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen aus der Perspektive der Menschen denkt und politische Lösungen an ihrem Alltag orientiert.

Auch die Motive der Plakatkampagne haben die Menschen in den Mittelpunkt gestellt, deren Lebensrealität in der politischen Debatte oft zu kurz kommt: Eine Schülerin, ein Handwerksmeister, eine junge Familie, eine Industriearbeiterin sowie eine Rentnerin spielten eine zentrale Rolle in der Kampagne und zierten gemeinsam mit Stoch die Großflächen- und Themenplakate. Die Kampagne wurde gemeinsam mit der Agentur BrinkertLück entwickelt.

Auch beim Wahlkampfauftakt in Böblingen am 10.01.2026 bekamen unsere Plakat-Protagonist:innen eine große Bühne. Im Anschluss an den Wahlkampfauftakt absolvierte Andreas Stoch eine beispiellose Tour im Townhall-Format durch alle 70 Wahlkreise des Landes, um unsere Vision eines gerechteren Baden-Württembergs zu teilen. Diese Tour endete mit der Schlussveranstaltung am 05.03.2026 in der alten Schildkrötfabrik in Mannheim.



Spitzenkandidat Andreas Stoch mit einer unserer Plakat-Protagonist:innen, die Schülerin Frida

>> AUSBLICK

Der Wahlabend am 8. März 2026 markierte einen der bittersten Momente unserer Geschichte. Das Ergebnis entsprach nicht unseren Erwartungen. Andreas Stoch und Sascha Binder erklärten noch am Wahlabend, in Zukunft nicht mehr für ihre Parteiämter zur Verfügung zu stehen, um den Weg für eine personelle Neuaufstellung freizumachen. Darauf folgte unmittelbar der Beschluss des Landesvorstands den ordentlichen Landesparteitag auf den 19. und 20. Juni 2026 vorzuziehen, um den Landesvorstand komplett neu zu wählen. Der Landesparteitag wird in Ulm in zweitägiger Form stattfinden. Des Weiteren wurde René Repasi beauftragt, die Sondierungen zur personellen Neuaufstellung zu leiten. Weiterhin soll das Wahlergebnis von externen Wissenschaftler:innen evaluiert und vier Regionalkonferenzen unter Federführung der stellvertretenden Landesvorsitzenden durchgeführt werden. Zu letzteren wurden alle Mitglieder eingeladen. Diese können somit die Kandidierenden für den Landesvorsitz genauer kennenlernen und ihre Rückmeldung und Evaluation zur aktuellen Situation eingeben.

Aufgrund des breiten Bewerber:innenfelds beschloss der Landesvorstand, eine Mitgliederbefragung über die Frage des zukünftigen Landesvorsitzes durchzuführen. Zur Wahl stehen Isabel Cademartori und Robin Mesarosch als Doppelspitze, Dorothea Kliche-Behnke sowie Carsten Lotz jeweils als Einzelkandidaturen.

Der Landesvorstand richtete die Arbeitsgruppe „Neustart“ ein, welche die anstehende Veränderung begleiten und Impulse geben soll. Auf ihre Initiative hin wird eine der Regionalkonferenzen live gestreamt, um Mitgliedern, welche nicht anreisen können, die Möglichkeit zu geben, die Kandidierenden für den Landesvorsitz digital kennenzulernen. Auch wird es eine Feedbackrunde für die Kandidat:innen zur Landtagswahl und ihre Wahlkampfleitungen geben. Ein an alle Mitglieder versendetes Arbeitspapier diskutiert weitere Schritte, die in Zukunft implementiert werden könnten. Welche das sind, wird die breite Diskussion in der Partei zeigen.

Die Jahre 2025 und 2026 waren eine Zeit der Bewährung. Wir haben hart gekämpft und dennoch bittere Niederlagen eingesteckt. Aber wir haben auch die Kraft zur Erneuerung bewiesen. Die SPD Baden-Württemberg geht nun in einen Prozess der personellen und inhaltlichen Neuaufstellung, getragen von einem Votum und der breiten Einbindung der Mitglieder. Wir blicken trotz der Herausforderungen zuversichtlich nach vorne, denn unser Land braucht mehr denn je eine starke Sozialdemokratie, die an der Seite der Menschen steht und die Zukunft mit Mut, Offenheit und Gerechtigkeit gestaltet.

>> WEITERE PARTEI- & GREMIENARBEIT

Gerade mit Blick auf die Landtagswahl 2026 haben wir unsere Gremienarbeit verstärkt. Die Präsidiums- und Landesvorstandssitzungen fanden, mit Ausnahme der Sommerferien, jeweils einmal monatlich digital statt. Zusätzlich traf sich der Landesvorstand im März 2025 und im Oktober 2025 in Stuttgart zur zweitägigen Klausur. Mittelpunkt waren hier jeweils die Kam-

pagne zur Landtagswahl sowie die organisatorische Vorbereitung der Wahl. Weitere Präsenzveranstaltungen fanden vor den Landesparteitagen und am Rande von Großveranstaltungen, wie dem politischen Aschermittwoch, statt. Die letzte Klausur dieser Legislatur fand im April 2026 in Stuttgart statt.

Der Landesvorstand hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Kreisvorsitzenden in den Prozess zur Landtagswahl einzubinden. Bei der Kreisvorsitzendenkonferenz am 22.03.2025 wurden die Kreisvorsitzenden früh über organisatorische Entwicklungen informiert und hatten die Möglichkeit, ihr Feedback einzubringen. Auch wurden sie am 20.09.2025 zu einer zusätzlichen Landesvorstandssitzung eingeladen, um Änderungen am Landtagswahlprogramm einbringen zu können.

Eine Landesvorstandssitzung fand direkt nach der Landtagswahl statt. Eingeladen waren alle Kreisvorsitzenden und Abgeordneten, sowie alle AG-Vorsitzenden der Landespartei. Hier wurden die ersten Schritte nach der Landtagswahl gemeinsam diskutiert und erarbeitet. Diese Wahlnachlese war erster Grundstein für die personelle und organisatorische Neuaufstellung der SPD Baden-Württemberg. Die letzte Kreisvorsitzendenkonferenz dieser Legislatur fand im April 2026 statt und gab allen Beteiligten nochmals die Möglichkeit, die Veränderungen nach der Landtagswahl zu begleiten und auf dem neuesten Stand zu bleiben.



Kreisvorsitzendenkonferenz im März 2025 in Stuttgart

Organisationspolitische Kommission

Anfang 2022 richtete der Landesvorstand eine Organisationspolitische Kommission ein, um die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit der gesamten SPD Baden-Württemberg zu überprüfen, auszubauen und zu verbessern. Die wahlfreien Jahre 2022 und 2023 sollten genutzt werden,

um die SPD Baden-Württemberg in ihren Strukturen für die kommenden Wahlen zu rüsten: Europa- und Kommunalwahl 2024, Bundestagswahl 2025 und Landtagwahl 2026. Die Kommission legte dem ordentlichen Landesparteitag im November 2022 ihre Vorschläge vor und begann mit der Umsetzung. Die angestoßenen Projekte sind mittlerweile etablierte Prozesse, welche fortwährender Evaluation und Anpassung unterliegen. Finalisiert wurden in dieser Legislatur des Landesvorstandes u.a. die Organisationsentwicklung im Hauptamt und damit eine Verstärkung der Kommunikations- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes, sowie ein zentral organisierter Mitgliederservice. Eine hauptamtliche Stelle für landesweite Bildungsarbeit wurde geschaffen. Zu Daueraufgaben gehören mittlerweile die Schulungsreihe „Fit fürs Amt“ in den Regionalzentren, das Monitoring der Kampagnenfähigkeit unserer Kreisverbände und die Arbeit des Strukturfonds.

Nachwuchsförderung

Zweimal jährlich führt die Parteischule der SPD im Bund die prestigeträchtige Kommunalakademie durch. Diese fördert junge Menschen in ihren kommunalpolitischen Bestrebungen und gibt ihnen fundiertes Wissen für ihren weiteren Werdegang. Es geht dabei nicht nur um fachliches „Handwerkszeug“, sondern vermittelt auch einen breiten Blick für die zukünftige Entwicklung unserer Kommunen und wie diese gestaltet werden können. Die SPD Baden-Württemberg finanziert die Teilnahme an der Kommunalakademie mit. Wir freuen uns, dass wir im Jahr 2025 insgesamt zehn Teilnehmer:innen gewinnen und fördern und somit unsere Teilnahmezahlen verstetigen konnten.

>> WEITERE VERANSTALTUNGEN

Spitzentreffen

Das traditionelle Spitzentreffen und der Jahresauftakt entfielen im Jahr 2025, da am 11.01.2025 der außerordentliche Bundesparteitag stattfand. Das Spitzentreffen 2026 fand wieder in der Evangelischen Akademie Bad Boll, einem Ort des gesellschaftlichen Diskurses, statt. Es treffen sich das Präsidium und die Fraktionsspitzen in Land und Bund, um das bevorstehende Jahr zu beleuchten. Nach einem Gedenken an den sozialdemokratischen Vordenker Christoph Blumhardt, ging es dann in den inhaltlichen Diskurs. Thematisch war das Spitzentreffen von der Landtagswahl, aber auch von der aktuellen Debatte rund um die Finanzlage unserer Kommunen geprägt. Daraus entwickelte sich unser Brief an Lars Klingbeil, welcher eine Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer für die Kommunen forderte.

Bundesparteitage

Aufgrund der außergewöhnlichen bundespolitischen Situation fanden im Jahr 2025 zwei Parteitage auf Bundesebene statt. Zum einen die Listenaufstellung für die vorgezogene Bundestagswahl am 11.01.2025, zum anderen der vorgezogene ordentliche Bundesparteitag vom 27. – 29.06.2025. Saskia Esken trat nicht mehr für den Parteivorsitz an. Sie und Olaf Scholz wurden auf dem Parteitag verabschiedet. Beiden gebührt großer Dank für ihren Einsatz zur Umsetzung sozialdemokratischer Politik in den letzten Jahren. Auf dem Bundesparteitag wurden Bärbel Bas und Lars Klingbeil als Parteivorsitzende (wieder)gewählt, sowie Tim Klüssendorf als Generalsekretär. Auch die SPD Baden-Württemberg war mit einer starken Delegation anwesend. Von nun an sind wir mit Katja Mast und Andreas Stoch gut im Parteivorstand vertreten. Der inhaltliche Fokus lag auf der Aufarbeitung der Bundestagswahl und dem damit verbundenen Startschuss für ein neues Grundsatzprogramm, eine Reform der Parteiorganisation und den Beginn der Erarbeitung einer neuen Kommunikationsstrategie.

Betriebs- und Personalrät:innenempfang

Auch in dieser Legislatur haben wir gemeinsam mit der AfA einen Empfang für Betriebs-, Personalrät:innen und Mitarbeitervertreter:innen ausgerichtet. Wie es inzwischen gute Tradition ist, fand dieser am 22.09.2025 im Waldheim Heselach statt. Nach einer Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden der AfA, Daniel Sauerbeck, folgte unser Landesvorsitzender Andreas Stoch mit einer Rede an die anwesenden Gäste. Gewerkschaftliche Hauptrednerin war Farina Semmler, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Baden-Württemberg.

Mit ihrem Engagement leisten die Betriebs- und Personalrät:innen sowie die Mitarbeiter:innenvertretungen einen bedeutenden Beitrag für ein gutes Miteinander im Betrieb und setzen sich nachhaltig für bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ein. Sie sichern die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und übernehmen damit eine zentrale Verantwortung für die Stärkung unserer Demokratie. Dafür gebührt ihnen Dank, welchen wir mit unserem jährlichen Empfang zum Ausdruck bringen wollen.

Christopher Street Day

Auch 2025 waren wir bei den CSDs in Stuttgart und im ganzen Land unterwegs. Wie immer war in Stuttgart der beliebte Truck der SPD queer am Start. Unter dem Motto „Nie wieder still“, waren mit 160 verschiedenen Gruppen so viele wie noch nie in Stuttgart mit dabei. Ein schöner Rekord.

Internationaler Frauentag

Zum Internationalen Frauentag am 8. März tragen wir unsere zentralen Forderungen nach außen. Wir wirkten wie jedes Jahr auch 2025 und 2026 aktiv am Internationalen Frauentag in ganz Baden-Württemberg mit. Da der Weltfrauentag am 8. März 2026 zeitgleich auch Wahltag

war, bleibt uns dieser besonders in Erinnerung – besonderes, da wir als SPD durch das neue Wahlrecht erstmals mit gleich vielen Frauen wie Männern im Landtag vertreten sind.

Wir sehen weiterhin, dass der bisher erreichte Fortschritt im Bereich der Gleichberechtigung unter starkem Druck steht. Dass der Frauenanteil im Deutschen Bundestag nun auf unter ein Drittel gefallen ist, ist trauriges Beispiel dafür. Nach wie vor gibt es erhebliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, sei es bei gleicher Bezahlung, Karrierechancen oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Inhaltlich sind wir klar. Wir müssen Eltern durch eine verlässliche Kinderbetreuung entlasten. Reduzierte Kita-Öffnungszeiten können wir uns nicht mehr leisten und das Land muss den Rechtsanspruch auf Ganztagschulen umsetzen. So gelingt es, Familie und Beruf zu vereinbaren und eine gerechtere Aufteilung der Sorgearbeit zu erreichen. Eine weitere wichtige Forderung ist, dass pflegende Angehörige, die große Mehrheit von ihnen Frauen, ein Gehalt zur Absicherung verdienen. Eine Forderung, die so auch in unserem Wahlprogramm verankert war. Wir als SPD Baden-Württemberg setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gleichberechtigt teilhaben können. Es gibt noch viel zu tun!

Politischer Aschermittwoch

Erwähnenswert ist zudem der jährlich stattfindende Politische Aschermittwoch, der auch 2025 und 2026 wieder hochkarätig besetzt war. Im Jahr 2025 durften wir unseren ehemaligen Kanzlerkandidaten Martin Schulz als Gast begrüßen, 2026 unseren Generalsekretär Tim Klüßendorf. Beide Veranstaltungen waren geprägt von eindrucksvollen Redebeiträgen der Gäste sowie von Andreas Stoch. Für die musikalische Umrahmung sorgte der Musikverein Ludwigsburg-Oßweil e. V.



Politischer Aschermittwoch 2025 in Ludwigsburg

3. BERICHT DES SCHATZMEISTERS

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die finanzielle Situation der Landespartei leicht verbessert. Der Landtagswahlkampf konnte, wie bereits bei früheren Wahlen, erneut vollständig aus eigenen Rücklagen bestritten werden.

Aufgrund der Verluste bei der Bundestagswahl 2025 und der Landtagswahl 2026 sind in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen nötig, um handlungsfähig zu bleiben. Neben den Wahlverlusten ist der Mitgliederrückgang durch den demografischen Wandel die größte Herausforderung.

Rücklagen für die Landtagswahl

Aufgrund der Anhebung der Obergrenze der staatlicher Parteienfinanzierung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2023 verbesserte sich die finanzielle Lage des Landesverbandes zunächst. Diese Entwicklung und die seit Jahren sparsame Haushaltsführung ermöglichte es uns, die Landtagswahl vollständig durch Rücklagen zu finanzieren.

Steigende Kosten

Dennoch werden die steigenden Kosten in den nächsten Jahren die große Herausforderung sein. Anfang 2024 konnten wir mit VERDI Tarifierhöhungen für unsere hauptamtlichen Mitarbeiter:innen vereinbaren und einen neuen Gehaltstarifvertrag für zwei Jahre und Ende 2025 einen Vertrag für 2026 abschließen.

Neben den steigenden Personalausgaben haben sich die Kosten für Wahlkämpfe und den laufenden Geschäftsbetrieb sowie die allgemeine politische Arbeit stark erhöht.

Wahlen und Parteienfinanzierung

Die herben Wahlverluste bei der Bundestagswahl 2025 und der Landtagswahl 2026 werden uns finanziell sehr stark belasten. Durch die Halbierung der auf die SPD entfallenden Stimmen bei der Landtagswahl halbieren sich auch die staatlichen Landesmittel.

Wahlergebnisse haben immer auch finanzielle Auswirkungen bei den (Sonder)beiträgen unserer Mandatsträger:innen. Wir sind dankbar, dass unsere Abgeordneten in Bund, Land und Europa ihre Beiträge solidarisch abführen.

Mitgliederentwicklung und demographischer Wandel

Die Mitgliederentwicklung ist seit Jahren rückläufig. So sank die Zahl der Mitglieder von 30.824 Mitgliedern im Jahr 2024 auf 29.693 Mitglieder in diesem Jahr. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Der entscheidende Grund für den Rückgang ist die Altersstruktur der Partei. 70 Prozent der Mitglieder im Landesverband sind zwischen 50 und 90 Jahre. 15 Prozent der Mitglieder sind im Juso-Alter. Schon seit vielen Jahren habe ich auf die Überalterung unserer Partei hingewiesen. Folge dieser Entwicklung, auch vor Ort in den Gliederungen, ist eine stetige Verschlechterung der Finanzkraft durch die fehlenden Beitragseinnahmen und die geringere Organisationsfähigkeit der Partei.

Beitragserhöhung, Beitragsehrlichkeit und Beitragsanpassung

Wichtigster Einnahmeposten der Landespartei sind mit über 3 Millionen Euro im Jahr die Mitgliederbeiträge. Die rückläufige Mitgliederentwicklung und der demographische Wandel betreffen nicht nur den Landesverband Baden-Württemberg, sondern die gesamte Partei. Der Bundesparteitag hat daher eine Beitragsreform Anfang 2026 umgesetzt, um die finanzielle Situation der Gesamtpartei zu entspannen und dem finanziellen Rückgang entgegenzuwirken. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag liegt momentan bei uns im Landesverband bei 14,14 Euro. Es gibt Kreisverbände mit einem Beitragsdurchschnitt von 10,10 Euro bis 20,95 Euro.

Wir nehmen das „Projekt Beitragsanpassung und -ehrlichkeit“ seit vielen Jahren sehr ernst und führen solche Aktionen regelmäßig bei unterschiedlichen Mitgliedsgruppen durch, um den Einnahmeverlust durch Rückgang der Mitgliedschaften etwas zu kompensieren.

Umsetzung des organisationspolitischen Maßnahmenpakets

Die organisationspolitische Arbeit im Landesverband Baden-Württemberg konzentrierte sich in den letzten Jahren überwiegend auf das Projekt „Neustrukturierung und Organisationsentwicklung im ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bereich“ und die Vorbereitung der Bundes- und Landtagswahl 2025 und 2026. Die Strukturen und die Art und Weise unserer Parteiarbeit wurde auf allen Ebenen überprüft und zum Teil verändert, auch um weiterhin als Mitgliederpartei erfolgreich zu sein.

Die Organisationsentwicklung im Hauptamt wurde in den letzten beiden Jahren abgeschlossen. Kern ist eine neue Abteilungsstruktur und die Reorganisation von Aufgaben und Zuschnitten.

Schwerpunkt der Arbeit der Organisationskommission im ehrenamtlichen Bereich war seit 2024 die Kampagnenfähigkeit der Kreisverbände. Die Ergebnisse diskutierten Landesvorstand und Organisationskommission im Rahmen einer Konferenz mit den Kreisvorsitzenden. Diese Maßnahmen und die Kreisentwicklungskonferenzen sollen mit Blick auf die kommenden Wahlkämpfe fortgeführt werden.

Kreisverbände und Ortsvereine

Die finanzielle Situation in den Kreisverbänden und Ortsvereinen entwickelt sich seit Jahren stabil. Allerdings haben wir Ortsvereine und Kreisverbände mit sehr unterschiedlichen Reinvermögen. Alle Ortsvereine zusammen haben ein Reinvermögen Ende 2025 in Höhe von ca. 4,5 Mio. Euro und alle Kreisverbände zusammen über ca. 3,7 Mio. Euro. Strukturschwache Kreisverbände werden weiterhin solidarisch durch die Aufstockungsmittel aus unserem Landes-Strukturfonds in ihrer Arbeit unterstützt.

Spendenaufkommen

In den vergangenen zwei Jahren verzeichneten wir bedingt durch die Landes- und Bundestagswahl ein moderat erhöhtes Spendenaufkommen. Im Bereich der Online-Spendenakquise konnten wir in den letzten Wahlkämpfen Verbesserungen erzielen. Die Kreisverbände und Wahlkreise nutzen das von uns zur Verfügung gestellte Spendentool intensiv. Wir haben schon in vielen Wahlkämpfen gute Erfahrungen damit gemacht und sehen hier weiteres Potenzial.

Gemeinsame Grundfinanzierung und organisationspolitische Neuaufstellung der SPD

2025 hat der Bundesparteitag eine finanz- und organisationspolitische Neuaufstellung beschlossen. Der SPD-Landesverband arbeitet an diesem umfassenden Konzept zur finanziellen und organisatorischen Neuausrichtung der SPD mit, welches eine verstärkte Kooperation zwischen den Bundes-, Landes- und Bezirksverbänden vorsieht.

Die neue Grundfinanzierung soll der Partei helfen, effizienter, schlagkräftiger und moderner zu werden, um die eigentliche politische Arbeit nachhaltig zu stärken.

Ein zentrales Element bildet die Etablierung eines zentralen Fonds, der ab 2026 durch einen erhöhten „Vorwegabzug“ von jedem Mitgliedsbeitrag finanziert wird.

Durch die Standardisierung und Zentralisierung von Kernbereichen sollen personelle und finanzielle Ressourcen effizienter für die politische Arbeit eingesetzt werden. Ein detaillierter Zeitplan und verbindliche Verfahrensregeln regeln die gemeinsame Entscheidungsfindung und Investitionsplanung.

Ziel der Reform ist es, das Ehrenamt von administrativen Belastungen zu entlasten und eine moderne, schlagkräftige Parteiorganisation auf allen Ebenen zu etablieren. Eine neu definierte Gremienstruktur sowie spezifische Rahmenvereinbarungen gewährleisten dabei die Transparenz und Solidarität innerhalb der verschiedenen Parteigliederungen.

Die strategischen Ziele lassen sich in folgende Kernbereiche unterteilen:

1. Ressourcenfreisetzung für politische Arbeit

Ein zentrales Anliegen ist die Standardisierung und Zentralisierung von Verwaltungstätigkeiten. Durch die Bündelung administrativer Aufgaben sollen sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen freigesetzt werden, die anschließend gezielt für die aktivierende politische Arbeit genutzt werden können. Ziel ist es, das Ehrenamt und Hauptamt in der Fläche spürbar von Bürokratie zu entlasten, damit mehr Raum für Beziehungsarbeit und politische Inhalte entsteht.

2. Modernisierung und einheitliche Standards

Die Reform zielt darauf ab, gemeinschaftliche Standards und Arbeitsprozesse in den Bereichen Mitgliederverwaltung, Parteiorganisation und Kampagnenfähigkeit zu entwickeln. Dazu gehört:

Die ressourceneffiziente Bereitstellung von IT-Anwendungen, IT-Sicherheit sowie Soft- und Hardware auf einem einheitlich hohen Niveau für alle Gliederungsebenen.

Die Sicherstellung der Kernaufgaben und Fähigkeiten einer modernen Parteiorganisation, wie etwa eine rechtssichere Buchhaltung und ein professionelles Spendenmanagement.

Die Stärkung der Fähigkeiten für strategische Kommunikation und erfolgreiche politische Kampagnen.

3. Solidarität und Nachhaltigkeit

Die neue Finanzstruktur basiert auf dem Prinzip der solidarischen Finanzierung. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass ein Teil des Vorwegabzugs weiterhin als Strukturhilfe an die ostdeutschen Landesverbände fließt. Durch den neu geschaffenen „Zukunftsfonds“ soll eine nachhaltige und leistungsfähige Parteiorganisation in ganz Deutschland langfristig abgesichert werden.

Dank

Mein Dank gilt unseren hauptamtlichen Mitarbeiter:innen, die oft unter schwierigen Bedingungen eine sehr gute Betreuung in der Fläche des Landes sicherstellen. Ebenso danke ich den ehrenamtlichen Kassierer:innen für ihre wertvolle Arbeit in Ortsvereinen und Kreisverbänden. Mein besonderer Dank gilt unserem Finanzteam in der Landesgeschäftsstelle und den Kolleg:innen in den Regionalzentren, die unsere Beitragseinnahmen und eine sparsame Haushaltsführung seit Jahren sicherstellen.

Karl-Ulrich Templ
Schatzmeister

4. BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

Die Kontrollkommission prüft die zeitgerechte Haushaltsaufstellung des Landesvorstandes und die Wahlkampfhaushalte. Sie leistet begleitende Revisionsarbeit mit Stichproben einzelner Haushaltsstellen. Sie ist beratend teilnahmeberechtigt an den Sitzungen des Landesvorstandes.

Im Berichtszeitraum fanden im Februar 2025 die vorgezogene Bundestagswahl und im März 2026 die Landtagswahl statt. Deshalb beschäftigte sich auch die Kontrollkommission mit den entsprechenden Etatplanungen.

Das niederschmetternde Ergebnis der Landtagswahl wird erneut zu einem deutlichen Rückgang staatlicher Mittel führen und einem Weniger an Mandatsträger:innenabgaben.

Die Neufestlegung der Parteienfinanzierung führte einmalig zu Mehreinnahmen.

Wir haben die Konsolidierung und dringend notwendige Organisationsreform unserer Partei, so wie vom Bundesschatzmeister vorgelegt und vom Bundesparteitag beschlossen, eingehend diskutiert. Es wird einen höheren Vorwegabzug geben, bedingt durch die Finanzierung einer zeitgemäßen IT-Landschaft und einer gemeinsamen Kampagnenstruktur.

Die Kontrollkommission hat sich bei ihren fünf Sitzungen im Berichtszeitraum u.a. mit der Finanzplanung des Landesverbandes, den Rechenschaftsberichten der Gliederungen und Spendenaktionen in Bund und Land beschäftigt.

Höchste Ausgabeposten sind die Personalkosten und die Wahlkampfkosten. Weniger Mandatsträger:innenabgaben, weniger staatliche Mittel und die demografisch bedingte Veränderung unserer Mitgliederschaft erfordern die Anpassung gewohnter und eingefahrener Strukturen unserer Landespartei an die finanzielle Gegebenheit.

Wir wiederholen die Aussage in unserem letzten Rechenschaftsbericht: Im Hinblick auf die Finanzplanung sieht die Kontrollkommission großen Handlungsbedarf für strukturelle Anpassungen und Reformen.

Prüfungen

Die Kontrollkommission hat ihre Prüfungsaufgaben intensiv wahrgenommen. Martin Glaser, Leiter der Abteilung Zentrale Dienste beim SPD-Landesverband, informierte umfassend über die Haushalte. Schatzmeister Karl-Ulrich Templ nahm an allen Sitzungen teil; bei Bedarf auch Landesgeschäftsführer Rainer Hinderer.

Bei den Überprüfungen der Rechenschaftsberichte durch die Wirtschaftsprüfer gab es keine Beanstandungen.

Die Kontrollkommission bestätigt eine transparente und sorgfältige Aufarbeitung des Zahlenwerkes für die Haushalte und Abschlüsse 2024, 2025 und 2026.

Angelika Matt-Heidecker
Vorsitzende der Kontrollkommission

Mitglieder der Kontrollkommission

Angelika Matt-Heidecker (Vorsitzende), KV Esslingen
Christian Holzer (Stv.), KV Karlsruhe Land
Cornelia Bär-Stoll, KV Heilbronn-Land
Gerhard Heckmann, KV Mannheim
Erich Holzwarth, KV Stuttgart

5. INTERNER KASSENBERICHT

<u>Interner Kassenbericht 2024 / 2025</u>		
	Abschluss 2024	Abschluss 2025*
Einnahmen	Euro	Euro
Mitgliedsbeiträge	3.007.001,06	3.175.077,58
Mandatsträgerbeiträge u. ä.	228.986,51	211.474,78
Spenden	24.266,68	74.123,99
Einnahmen aus sonst. Vermögen, Veranstaltungen, Druckschriften, sonst. Tätigkeit	164.829,95	525.863,67
Staatliche Mittel	1.637.264,52	1.668.814,09
Sonstige Einnahmen	49.489,32	45.898,65
Zuschüsse von Gliederungen	1.093.950,19	62.813,00
Gesamteinnahmen	6.205.788,23	5.764.065,76
Ausgaben		
Personalausgaben	3.188.648,39	3.548.413,44
Lfd. Geschäftsbetrieb	873.188,27	954.336,73
Allgemeine politische Arbeit	497.647,14	636.865,35
Wahlen	46.269,77	748.110,79
Vermögensverwaltung, Zinsen, Sonst. Ausgaben	16.376,90	11.674,65
Zuschüsse an Gliederung	208.386,50	258.799,01
Gesamtausgaben	4.830.516,97	6.158.199,97
Saldo (Einnahmen abzgl. Ausgaben)	1.375.271,26	-394.134,21
Reinvermögen per 31.12.2024 / 31.12.2025	3.455.677,41	3.061.543,20
*vorläufiger Abschluss 2025 per 27.02.2026		

6. LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Im Berichtszeitraum 2024 bis 2026 gab es auf Landesebene keine Eingaben und erforderlichen Entscheidungen in Parteiordnungsverfahren, Streitigkeiten in Sachen Organisationsstatut und Satzungen oder Verfahren bei Wahlanfechtung oder Nichtigkeit von Wahlen.

Die Landesschiedskommission musste nicht tagen.

Dr. Tobias Brenner

Vorsitzender der Landesschiedskommission

Mitglieder der Schiedskommission

Dr. Tobias Brenner (Vorsitzender), KV Böblingen

Marion Capers-Merk, KV Lörrach

Dr. Rolf Gutmann, KV Rems-Murr

Kristin Keßler, KV Stuttgart

Brigitte Lutz, KV Stuttgart

Dr. Eberhard Natter, KV Karlsruhe-Stadt

7. ORGANISATIONSBERICHT

Die Zeit nach dem Landesparteitag am 16.11.2024 in Offenburg war auch für das Hauptamt geprägt durch die Wahlen und die dafür erforderlichen vorbereitenden Gremiensitzungen und voraussetzungsschaffenden Landesvertreter:innenversammlungen und Parteitage. **Binnen eines Jahres fanden statt:**

- 15.12.2024: Landesvertreter:innenversammlung in Schwäbisch Gmünd zur Aufstellung der Bundestagswahlliste für die vorgezogen Bundestagswahl,
- 05.07.2025: Landesvertreter:innenversammlung in Fellbach zur Aufstellung der Landtagswahlliste,
- 15.11.2025: Ordentlicher Landesparteitag in Ulm und eine weitere Landesvertreter:innenversammlung zur Änderung der Landtagswahlliste.

Dazu kamen ein außerordentlicher Bundesparteitag im Januar 2025 und der ordentliche Bundesparteitag im Juni 2025 in Berlin.

Eine Vielzahl von großen und kleinen Veranstaltungen im Rahmen der **Bundestagswahl 2025** und insbesondere der **Landtagswahl 2026** erforderten einen hohen zeitlichen und organisatorischen Einsatz unserer Kolleg:innen in der Landesgeschäftsstelle und in den Regionalzentren, u.a. der Kampagnenauftakt in Stuttgart, mehrere Kandidierendentreffen, das Debattencamp in Stuttgart, der Wahlkampfauftakt in Böblingen, die Tour des Spitzenkandidaten mit rund 30 Stationen im ganzen Land, zahlreiche Wahlveranstaltungen mit politischer Bundes- und Landesprominenz sowie der Wahlkampfabschluss in Mannheim.

Die Politischen Aschermittwoche in Ludwigsburg und der Betriebsrät:innenempfang in Stuttgart wurden wie in den Vorjahren ebenfalls seitens der Landesgeschäftsstelle organisiert, vorbereitet und begleitet.

Ein zentrales Ziel der in den Jahren 2023 und 2024 durchgeführten **Organisationsentwicklung im Hauptamt** war es, die **Kampagnenfähigkeit** (Wahlkämpfe, Veranstaltungen, Aktionen, Kommunikation) unserer Gliederungen und unserer hauptamtlichen Organisation zu verbessern. Zumindest für die hauptamtliche Arbeit in unserer Landesgeschäftsstelle und in den Regionalzentren wurde dieses Ziel erreicht und die neue Struktur hat sich angesichts der o.g. Veranstaltungsvielzahl bewährt.

Auch die weiteren **organisatorischen Veränderungen** in der Landesgeschäftsstelle und den sieben Regionalzentren haben sich gut eingespielt. Die hauptamtliche Arbeit wurde in **fünf Abteilungen** gebündelt:

1. **Dezentrale Struktur in den Regionalzentren** Stuttgart, Heilbronn, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Biberach, Aalen: Sicherstellung der politischen Parteiarbeit vor Ort, Mitgliederaktivierung, Veranstaltungsorganisation, persönliche Ansprechstation.

2. **Abteilung Mitgliederorganisation;** Mitgliedergewinnung, -aufnahme, -begleitung, Datentpflege, zentrale Versände usw.: Mitgliederbasis effektiv verwalten und weiterentwickeln; Entwicklung gemeinsamer Standards in Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand und dem SPD-Service-Center.
3. **Abteilung Kampagne und Kommunikation;** einschließlich Wahlen sowie Parteitags- und Veranstaltungsmanagement: Schaffung zielgruppenorientierter Interaktionsmöglichkeiten, Entwicklung von Kommunikationskampagnen und Veranstaltungsformaten, Organisation von Parteitagen und Wahlen.
4. **Abteilung Vorstandsbüro;** einschließlich Büros Landesvorsitzender und Generalsekretär; Antragskommission, Arbeitsgemeinschaften inkl. Juso-LGF und Bildungsarbeit: Funktionsfähigkeit der Parteigremien sicherstellen, Erarbeitung und Weiterentwicklung politischer Inhalte und Positionen.
5. **Abteilung Zentrale Dienste** (Finanzen, Personal, IT, Büroorganisation und Hausverwaltung, externe Dienstleister u.a.m.): Funktionalität der Parteiverwaltung und der Landesgeschäftsstelle als gebündelte Service-Einheit sicherstellen.

Alle Abteilungen arbeiten funktional und sind mit motivierten und für ihren jeweiligen Arbeitsbereich gut qualifizierten Kolleg:innen besetzt. In den wöchentlichen Abteilungsleitungsunden werden die zentralen Organisationsprozesse vorbereitet, gesteuert und begleitet. Die Abteilungsleitungen Sophia Zimmermann (Kampagne und Kommunikation), Alexander Lucas (Mitgliederorganisation), Martin Glaser (Zentrale Dienste) sowie der Landesgeschäftsführer (Regionalzentren und Vorstandsbüro) und der regelmäßig an den Sitzungen teilnehmende Generalsekretär arbeiten eng und vertrauensvoll zusammen. Die Fachreferent:innen werden themen- und anlassbezogen zu den Sitzungen eingeladen.

Als neue eigenständige Abteilung arbeitet unsere Mitgliederorganisation „**MitgliederService.BW**“ auch mit dem Parteivorstand, der Bundesgeschäftsstelle und dem SPD-Service-Center in Dortmund eng zusammen. Die Qualität unserer Mitgliederadministration und -betreuung kann sich mit dem Angebot des zentralen Service-Centers in Dortmund sehr gut messen. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass wir auch zukünftig in Baden-Württemberg unsere Mitgliederverwaltung eigenständig und vom Parteivorstand (Bundesschatzmeister) unangefochten bewerkstelligen können und einen angemessenen finanziellen Ausgleich für diese Leistungen erhalten.

Nachdem in Folge der Organisationsentwicklung bereits einige **Schlüsselstellen in der Landesgeschäftsstelle neu besetzt wurden**, gab es in den zurückliegenden eineinhalb Jahren nur wenige personelle Veränderungen:

- Zum 31.03.2025 hat der stellvertretende Pressesprecher Stephan Wehner sein Arbeitsverhältnis beendet. Als Nachfolger konnte Johannes Volz gewonnen werden, der die Stelle zum 01.07.2025 angetreten hat.
- Die Juso-Landesgeschäftsführerin Farah Maktoul beendete nach gut einem Jahr zum 30.09.2025 ihr Dienstverhältnis zur Aufnahme eines Studiums. Nach seiner Wahl durch den Juso-Landesausschuss übernahm Kai Schmidtke diese Aufgabe; Kai Schmidtke war zuvor schon in unserer Kommunikation als Werkstudent tätig.

- Ebenfalls im September 2025 gab es einen Wechsel im Vorstandsbüro mit der Zuständigkeit für das Büro Landesvorsitzender, Arbeitsgemeinschaften und Antragskommission: David Mayer hat die Nachfolge von André Merkle angetreten und sich sehr schnell und kompetent in das umfassende Aufgabengebiet eingearbeitet.
- Nach einer Umstrukturierung im Vorstandsbüro in Folge des Ausscheidens einer Sachbearbeiterin zum Jahresende 2024 hat Fernanda da Silva Augel mit 50% Dienstauftrag die Stelle als Bildungsreferentin angetreten.
- Auf Ebene unserer Regionalzentren war die Personalsituation im Berichtszeitraum weitgehend stabil – es gab Eintritte in Altersteilzeit oder Rente. Alle Stellen konnten nachbesetzt werden.
- Im Regionalzentrum Aalen gab es einen Wechsel in der Geschäftsführung: nach Ausscheiden des langjährige Geschäftsführers Stefan Oetzel haben die beiden dort bereits tätigen Sachbearbeiter:innen Melisa Yilmaz und Daniel Goldmann zum 01.12.2025 die Geschäftsführung zu je 50% übernommen – befristet bis Jahresende 2026.
- Im Januar 2026 verstarb sehr plötzlich und unerwartet unsere geschätzte Kollegin Karin Weisser; sie arbeitete seit Mai 2022 im Regionalzentrum Karlsruhe. Wir werden Karin in guter und wertschätzender Erinnerung behalten.

Die neuen Kolleg:innen wurden im Rahmen des **Onboarding-Prozesses** begrüßt, in ihre jeweiligen Arbeitsfelder eingeführt und qualifiziert.

Alle personellen Entwicklungen, Veränderungen und Stellenbesetzungsverfahren wurden vorbereitet, begleitet und entschieden durch den vom Präsidium eingesetzten **Personalausschuss**: Generalsekretär, Schatzmeister, Landesgeschäftsführung.

Die Mitglieder des Personalausschusses sind zugleich auch Vertreter:innen der **Tarifkommission** auf Arbeitgeberseite und Gegenüber des Betriebsrats in der Aushandlung von Betriebsvereinbarungen. **Im Berichtszeitraum wurden verhandelt:**

Der **Gehaltstarifvertrag** lief fristgemäß zum 31.12.2025 aus. Mit Blick auf Wahlkampf und Landtagswahl sollte auf Vorschlag der Arbeitgeberseite möglichst auf zeitraubende Tarifverhandlungen verzichtet werden. Daraufhin wurde von Ver.di ein „Friedensangebot“ vorgelegt. Die Arbeitgeberseite hat ohne weitere Verhandlungsrunden mit der Tarifkommission der Arbeitnehmerseite (Vertretung von Ver.di und Mitglieder des Betriebsrats) einer 3%igen Lohnerhöhung ab 01.01.2026 mit einer Laufzeit von 12 Monaten zugestimmt.



Betriebsausflug 2025 in die Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg

Betriebsvereinbarungen wurden im Berichtszeitraum mit dem Betriebsrat lediglich für die Arbeitszeit vor der Bundestagswahl und vor der Landtagswahl verhandelt und abgeschlossen. Mit Blick auf Beschäftigungsverhältnisse, in denen Kolleg:innen zugleich Sachbearbeitungs- und Leitungs- oder Referent:innenfunktionen begleiten, wurden für einige bestehende Betriebsvereinbarungen (Mobiles Arbeiten, Urlaubs- und Abwesenheitserfassung, elektronische Zeiterfassung, flexible Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung) über Protokollnotizen klärende Regelungen verhandelt und beschlossen.

Im Bereich der **zentralen Verwaltung** wurden Zuständigkeiten geklärt, Arbeitsabläufe verbessert und die Digitalisierung vorangetrieben:

Zum 01.01.2025 wurde das **digitale Dokumentenmanagement „AMAGNO“** zur automatisierten Bearbeitung der Rechnungseingänge, Freigabe- und Zahlungsprozesse eingeführt.

Zum 01.01.2026 wurde die **Software unseres Buchhaltungssystems** von Navision auf DATEV umgestellt. In diesem Kontext wurde auch die **Struktur der Kostenstellen** neu definiert und geordnet.

Den Kolleg:innen in der Landesgeschäftsstelle und in den Regionalzentren war auch nach der Landtagswahl nicht die erhoffte Phase längerfristig planbarer und Arbeitsprozesse in „etwas ruhigerem Fahrwasser“ vergönnt bzw. die Möglichkeit gegeben, Urlaubsrückstände abzubauen. **Ab Mitte März galt es den auf Juni vorgezogenen Parteitag, vier Regionalkonferenzen und die vom Landesvorstand beschlossene Mitgliederbefragung zur Wahl des/der Landesvorsitzenden vorzubereiten und durchzuführen.**

Ich danke allen hauptamtlichen Kolleg:innen, die mit großem Engagement und viel Leidenschaft die sozialdemokratische Idee mit ihrer Arbeit befördern.

Mein Dank gilt auch allen ehrenamtlichen Genoss:innen, die in den Gremien, insbesondere Präsidium und Landesvorstand, unsere hauptamtliche Arbeit ermöglichen, begleiten und unterstützen.

Sehr herzlich danke ich unserem Landesvorsitzenden Andreas Stoch für sein Vertrauen und seine Unterstützung sowie unserem Generalsekretär Sascha Binder und unserem Schatzmeister Karl-Ulrich Templ, die in ihrer Funktion als Mitglied der Personalkommission aber auch darüber hinaus, zuverlässig als kompetente Ansprechpartner und Berater zur Verfügung stehen und mit der Landesgeschäftsführung eine vertrauensvolle Zusammenarbeit pflegen.

Rainer Hinderer
Landesgeschäftsführer



Martin Gerster, Katja Mast, Andreas Stoch und Sascha Binder bei der jährlichen Mitarbeitendentagung für Landesverband, Landtags- und Bundestagsfraktion sowie Abgeordnetenbüros

8. LANDTAGSFRAKTION

Die Ausgangslage: Regierung im Verwaltungsmodus

Auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode blieb es dabei: Die grün-schwarze Koalition begnügte sich mit der Verwaltung des Status quo. Gestaltungswille war kaum erkennbar, der politische Ehrgeiz erschöpfte sich allzu oft im kleinsten gemeinsamen Nenner – wenn dieser überhaupt zu finden war. Und immer stärker stand in den vergangenen zwei Jahren der heraufziehende Landtagswahlkampf und das Fingerhakeln zwischen Grünen und CDU im Mittelpunkt. Für Baden-Württemberg ging so wertvolle Zeit verloren – Zeit, die das Land angesichts gewaltiger Herausforderungen nicht hat. Demgegenüber hat sich SPD-Landtagsfraktion mit den für die Menschen in unserem Land zentralen Fragen beschäftigt. Wie können wir unsere Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze bewahren und erhalten? Wie können wir für alle Menschen bezahlbaren Wohnraum schaffen? Und wie können wir für alle Kinder beste Bildung ermöglichen?

Fraktionschef Andreas Stoch auf Tour: Zukunft. Gemeinsam. Machen!

Wo kommt das Wachstum von morgen her? Was müssen Unternehmen tun? Und wo und wie kann eine aktive Landesregierung helfen? Mit Fragen wie diesen im Gepäck begab sich Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch 2024 auf seine Zukunftstour unter dem Motto „Zukunft. Gemeinsam. Machen!“. Fast zwei Jahre war er in Baden-Württemberg unterwegs – in mehr als 100 Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Hochschulen sprach er mit Hunderten von Menschen. Während die Landesregierung vielfach im Ankündigungsmodus verharrte, holte sich die SPD-Fraktion die Antworten direkt aus der Praxis.

Am Ende der vielen Eindrücke und Gespräche steht ein Zukunftsplan – ein umfassendes Positionspapier der SPD-Fraktion. Er ist im Kern die Antwort auf eine Landesregierung, die in vielen dieser Fragen zu wenig tut. Ein Plan, der zeigt, wie Baden-Württemberg es besser machen kann – mutiger, klüger, sozialer. Die SPD-Fraktion setzt dabei auf einen Schulterschluss von Gewerkschaften, Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und Kammern, um gemeinsam eine tragfähige Strategie für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft zu entwickeln. Die Innovationsförderung soll endlich konsequent auf Zukunftstechnologien ausgerichtet werden. Regionen im Wandel dürfen nicht länger getröstet werden, sondern brauchen gezielte Unterstützung – schnell, unbürokratisch und verlässlich.

Turnskandal: Eng an der Seite der Betroffenen

Ein Schlaglicht auf den Umgang der Landesregierung mit Krisen warf der sogenannte Turnskandal. Zahlreiche Turnerinnen berichteten Ende 2024 über massive Missstände am Bundesstützpunkt des Deutschen Turner-Bunds in Stuttgart. Die SPD-Fraktion drängte auf eine lückenlose Aufarbeitung und beantragte eine Anhörung. Sie gab den Betroffenen damit das, was die Ministerin ihnen zunächst verwehrt, hatte: ein offenes Ohr.

Doch auch danach stockte die weitere Aufklärung. Die SPD-Fraktion ließ nicht locker und setzte das Thema immer wieder auf die Tagesordnung. Sie ist überzeugt: Die schleppende Aufarbeitung wird den Turnerinnen, die von den Missständen in den Organisationen betroffen sind, nicht gerecht.

SPD-Gewerkschaftsrat: Baden-Württemberg verdient mehr Mut

Eine starke Demokratie braucht starke Gewerkschaften. Und so ist für die SPD-Landtagsfraktion der Austausch mit unseren Gewerkschaften, Betriebsrät:innen und den Beschäftigten von zentraler Bedeutung für die Arbeit im Landtag. Der SPD-Gewerkschaftsrat fungiert dabei als Brücke zwischen der SPD-Landtagsfraktion und den Gewerkschaften – mit dem Ziel, sich gemeinsam für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen und stabile Renten starkzumachen.

2024 ist es nicht mehr zu übersehen: Baden-Württemberg steht zwar wirtschaftlich immer noch stark da. Aber ohne aktives Gegensteuern könnte das schnell kippen. Die großen Umbrüche – Klimakrise, Digitalisierung und demografischer Wandel – verlangen mehr als bloßes Verwalten, ist sich der Gewerkschaftsrat einig. Er fordert die Landesregierung auf, gezielt zu investieren, um den Standort Baden-Württemberg langfristig zu sichern.

Konkret heißt das: Das Land soll deutlich mehr Geld in die wirtschaftliche Transformation stecken, etwa über eine „Transformationsmilliarde“ für Innovationen und Infrastruktur. Forschung und Industrie sollen enger verzahnt und Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundliche Technologien unterstützt werden.

Auch als im Bund 2025 das Rentenpaket verabschiedet wurde, legte der Gewerkschaftsrat den Finger in die Wunde: In Baden-Württemberg warnte er trotz grundsätzlich hoher Renten vor wachsender Ungleichheit. Die Teilzeitquote bei den Frauen ist europaweit eine der höchsten, der Abstand bei der Rente zwischen Männern und Frauen höher als irgendwo sonst in Deutschland. Jede zweite Frau und jeder fünfte Mann bekommt schon heute eine Rente unter dem Niveau der Grundsicherung.

Altersarmut wird nicht im Alter gemacht, sondern in den Jahrzehnten des Erwerbslebens, ist das Gremium überzeugt. Deswegen bedeutet mehr Kinderbetreuung weniger Teilzeit, deswegen lohnt sich mehr Tarifbindung und weniger Niedriglohn unterm Strich, genauso wie ein höherer Mindestlohn. Das Fazit des SPD-Gewerkschaftsrats: Gute Arbeit zahlt sich aus – und zwar für alle.

Untersuchungsausschuss zur Polizeiaffäre: Die Arbeit endet, die Verantwortung nicht

Nach 42 Sitzungen mit 57 Zeug:innen war Schluss: Der Untersuchungsausschuss des Landtags zur Affäre um den früheren Inspekteur der Polizei (IdP) und CDU-Innenminister Thomas Strobl legte im Dezember 2025 seinen 2.000 Seiten umfassenden Abschlussbericht vor. Für die SPD-Fraktion steht fest: Das Prinzip der Bestenauslese gilt in der Polizeiführung in Baden-Württemberg nicht grundsätzlich. Auch der Umgang mit sexueller Belästigung in Landesbehörden ist in vielerlei Hinsicht verbesserungswürdig.

Und jetzt? Zwar hat der Untersuchungsausschuss die Abschaffung des IdP-Amtes angestoßen, doch einen kulturellen Wandel in der Polizeiführung erkennt die SPD-Fraktion nicht. Auch personelle Konsequenzen bleiben aus. Die SPD-Fraktion ist überzeugt: In jedem anderen Bundesland wäre Innenminister Strobl nach einem solchen Vorgehen nicht mehr Innenminister.

Kommunen am Limit – SPD-Fraktion im Schulterschluss mit den Spitzenverbänden

Die Verankerung der SPD in unseren Kommunen und der regelmäßige Austausch mit den Oberbürgermeister:innen und Bürgermeister:innen sind ebenfalls eine Konstante in der Arbeit der SPD-Landtagsfraktion.

Und die Hilferufe aus den Kommunen sind schließlich auch für die Landesregierung und Grüne und CDU nicht mehr zu überhören. Im Mai 2025 machten rund 50 (Ober)bürgermeister:innen aus Baden-Württemberg klar: Bis zum Kollaps ist es nicht mehr weit. Aufgrund der steigenden Anforderungen sind sie am Rande ihrer Handlungsfähigkeit angekommen.

Die SPD lud die Spitzenvertreter:innen der drei kommunalen Landesverbände in die Fraktion ein und ist überzeugt: Eine „Zukunftsoffensive BW“ mit konkreten Zusagen an die Kommunen ist notwendiger denn je. Obwohl der Bund den „Investitionsbooster“ zündet und Ländern wie Kommunen einen festen Anteil von 100 Milliarden Euro am Sondervermögen zur Verfügung stellt, herrscht bei den Kommunen in Baden-Württemberg alles andere als Feier-Laune. Was mit diesem Geld passieren soll? Unklar. Angebote der SPD-Fraktion an die Regierung, gemeinsam eine bestmögliche Lösung für die Kommunen zu erarbeiten? Ausgeschlagen.

Die Abgeordneten bleiben am Ball: Die Landesregierung muss diesen Schwung aus dem Bund nun zwingend mitnehmen – und in Klimaschutz, Infrastruktur und Wirtschaft investieren. Grün-Schwarz gibt gerne Verantwortung an die Kommunen ab – sei es im Bereich von Schulen, Kitas, Pflegeheimen oder Krankenhäusern. Aber leider stellt die Landesregierung nicht die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung. Bis die Landesregierung sich durchrang, zwei Drittel des Bundes-Sondervermögens für Infrastruktur weiterzugeben, zogen Monate ins Land – und für die Kommunen verstrich wertvolle Zeit.

Rückzahlung von Corona-Soforthilfen: Opposition wirkt

Der Verwaltungsgerichtshof stellte im Oktober 2025 fest: Finanzielle Soforthilfen, die das Land zu Beginn der Corona-Pandemie an betroffene Betriebe ausgezahlt hat, müssen nicht zurückgezahlt werden, wenn sie bis zum 7. April 2020 beantragt wurden. Doch die Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut hielt mit der L-Bank an Rückforderungen fest – und wollte auch bereits zurückgezahlte Beträge behalten, obwohl es dafür keine Rechtsgrundlage gibt.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Betroffenen – also die Firmen, Selbstständigen, Handwerker:innen und Händler:innen, die das Geld dringend nötig haben. Sie stellte sich erneut an die Seite der Betroffenen und richtete ein Online-Portal ein. Die zahlreichen Rückmeldungen bestätigten: Es geht bei vielen Betroffenen schlichtweg um die Existenz.

Die Landesregierung machte derweil weiter, was sie vorzüglich beherrscht: Sie spielte auf Zeit. Doch die SPD-Fraktion blieb hartnäckig und wiederholte Woche für Woche ihre Forderung an das Land, auf alle rechtswidrigen Rückforderungen zu verzichten und dabei ausdrücklich auch bestandskräftige Fälle miteinzubeziehen. Anfang 2026 zeigte sich: Opposition wirkt. Nach anderthalb Jahren Druck von der SPD-Fraktion korrigierte die Wirtschaftsministerin endlich ihren Fehler bei den rechtswidrig zurückgeforderten Corona-Soforthilfen.

Erneuerung und Kontinuität in der Fraktion

2026 markierte auch personell einen Einschnitt für die Fraktion. Andreas Kenner, Hans-Peter Storz, Martin Rivoir und Gabriele Rolland wussten: 2026 wird ihr letztes Jahr im Landtag. Nach Jahrzehnten engagierter Arbeit für die Sozialdemokratie im Land, stellten sie sich nicht mehr zur Wahl.

Mit dem erschütternden Ergebnis bei der Baden-Württemberg-Wahl war klar: Die SPD-Landtagsfraktion musste sich von weiteren Mitgliedern verabschieden. Sebastian Cuny, Jonas Hoffmann, Klaus Ranger, Jan-Peter Röderer, Florian Wahl und Jonas Weber schafften es nicht mehr ins Parlament. Die SPD-Fraktion verliert damit sechs kritische und kluge Köpfe.

Die neue SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg fällt mit zehn Abgeordneten deutlich kleiner aus – und weiblicher: Mit Viviane Sigg aus Freiburg und Annkathrin Wulff aus Pforzheim ist die Fraktion erstmals paritätisch besetzt. Dr. Dorothea Kliche-Behnke, Viviane Sigg und Dr. Boris Weirauch aus Mannheim führen die Fraktion künftig mit ihrem Vorsitzenden Sascha Binder an. Das Amt der parlamentarischen Geschäftsführerin übernimmt Kliche-Behnke.

Sascha Binder MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion



v.l.n.r. Viviane Sigg, Katrin Steinhülb-Joos, Andreas Stoch, Sascha Binder, Boris Weirauch, Dorothea Kliche-Behnke, Nicolas Fink, Simone Kirschbaum, Stefan Fulst-Blei, Annkathrin Wulff

9. LANDESGRUPPE IM BUNDESTAG

Für Baden-Württemberg in Berlin

Als Landesgruppe vertreten wir die Interessen des Landes im Bund und in der SPD-Bundestagsfraktion. Wiedergewählter Vorsitzender der Landesgruppe, der seit der Bundestagswahl im Februar 2025 13 Abgeordnete angehört ist seit Mai 2025 Martin Gerster, stellvertretende Vorsitzende sind Derya Türk-Nachbaur und Isabel Cademartori.

Die Landesgruppe ist in der Bundestagsfraktion und in der Bundesregierung gut aufgestellt, ihre Mitglieder nehmen wichtige Aufgaben wahr. Wir decken viele wichtige Politikfelder ab und bringen unser Wissen in die Arbeit des Deutschen Bundestags ein. Die Landesgruppe im Überblick:

MdB (Wahlkreise)	Ausschüsse, Arbeitsgruppen, Funktionen
Isabel Cademartori (Mannheim)	• Stellv. Vorsitzende der Landesgruppe • Verkehrsausschuss (Sprecherin) • Unterausschuss für Internationale Ordnung, Vereinte Nation und internationale Organisationen (Obfrau)
Prof. Dr. Lars Castellucci (Rhein-Neckar)	• Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe; Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (stellv. Sprecher) • Innenausschuss
Saskia Esken (Calw)	• Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Ausschussvorsitzende)
Dr. Johannes Fechner (Emmendingen-Lahr)	• Parlamentarischer Geschäftsführer, Justiziar • Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Sprecher) • Ausschuss für Rechte und Verbraucherschutz • Richterwahlausschuss
Martin Gerster (Biberach)	• Vorsitzender der Landesgruppe • Haushaltsausschuss (stellv. Sprecher) • Rechnungsprüfungsausschuss
Jasmina Hostert (Böblingen)	• Ausschuss für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Sprecherin) • Sportausschuss
Macit Karaahmetoglu (Ludwigsburg)	• Rechtsausschuss (stellv. Sprecher) • Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung • Unterausschuss Europarecht
Parsa Marvi (Karlsruhe-Stadt)	• Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung (stellv. Sprecher) • Finanzausschuss (stellv. Sprecher) • Kommission zur Sozialstaatsreform
Katja Mast (Pforzheim)	• Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Dr. Nils Schmid (Nürtingen)	• Parlamentarischer Staatssekretär Bundesministerium für Verteidigung
Rita Schwarzelühr-Sutter (Waldshut)	• Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Lina Seitzl (Konstanz)	• Ausschuss für Gesundheit (stellv. Sprecherin) • Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ (Sprecherin) • Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung • Kuratorium des Deutschen Studentenwerks
Derya Türk-Nachbaur (Schwarzwald-Baar)	• Stellv. Vorsitzende der Landesgruppe • Parlamentarische Geschäftsführerin • Auswärtiger Ausschuss (stellv. Sprecherin) • Ältestenrat • Institut für Auslandsbeziehungen

Die Landesgruppe tagt in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin, um aktuelle Themen zu besprechen und gemeinsame Positionen zu bestimmen. Neben internen Gesprächen finden Treffen mit Vertreter:innen von Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen aus Baden-Württemberg sowie mit Mitgliedern der Bundesregierung statt. Ein Schwerpunkt ist die Verzahnung der Landespolitik mit der Bundespolitik – hierzu gibt es einen regelmäßigen Austausch sowie gemeinsame Termine und Veranstaltungen mit der Landtagsfraktion.

Alle MdB sind auch vor Ort in den Wahlkreisen, Betreuungswahlkreisen und den SPD-Gliederungen aktiv. In der 21. Wahlperiode des Deutschen Bundestages werden 25 der 38 Bundestagswahlkreise in Baden-Württemberg nicht von eigenen SPD-Bundestagsabgeordneten vertreten, nachdem es in der vorherigen Wahlperiode bis zum Herbst 2024 noch 15 waren. Dadurch hat die Betreuung dieser Wahlkreise für uns deutlich an Bedeutung gewonnen: Wir leisten weiterhin einen erheblichen Betreuungsaufwand für die Wahlkreise ohne eigene SPD-Bundestagsabgeordnete und sind Ansprechpartner:innen für die SPD-Gliederungen.

Neben eigenen Terminen informieren wir unter anderem mit der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort – Im Gespräch“ der Bundestagsfraktion über unsere Arbeit in Berlin. Ergänzend dazu haben wir die Möglichkeit als Abgeordnete, Jugendliche aus Baden-Württemberg zu Formaten der Bundestagsverwaltung einzuladen. Das Planspiel „Jugend und Parlament“ oder der „Girl's Day“ gibt jungen Erwachsenen Einblicke in unsere Arbeit in Berlin und das politische Geschehen. Damit trägt die Landesgruppe intensiv zur Vermittlung sozialdemokratischer Politik in Baden-Württemberg bei.

Die vergangenen zwei Jahre waren für uns in der Landesgruppe sehr herausfordernd. Zugleich haben wir in dieser Zeit einen starken Zusammenhalt und gelebte Solidarität erlebt, die uns stärken und Zuversicht für die kommenden Jahre geben. Unsere politischen Prioritäten bleiben klar: Wir gehen die vielfältigen und komplexen Herausforderungen in Deutschland entschlossen an. Trotz aller Widrigkeiten konnten wir in der neuen Wahlperiode durch die Bereichsausnahme von der Schuldenbremse und das große Sondervermögen bereits Rekordinvestitionen in

Wachstum, Sicherheit und Zusammenhalt auf den Weg bringen und dabei alle drei Bereiche gleichermaßen im Blick behalten. Gemeinsam werden wir weiterhin konsequent für sozialdemokratische Werte eintreten: für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, gute Arbeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Solidarität sowie eine nachhaltige und ökologische Transformation.

Martin Gerster MdB

Vorsitzender der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg



v.l.n.r. Rita Schwarzelühr-Sutter, Parsa Marvi, Derya Türk-Nachbaur, Macit Karaahmetoglu, Martin Gerster, Lina Seitzl, Katja Mast, Johannes Fechner, Saskia Esken, Jasmina Hostert, Lars Castellucci

10. ABGEORDNETE IM EUROPAPARLAMENT

Die Krisen auf der Welt sind vielfältiger geworden. Der Ukraine-Krieg ist im vierten Jahr und die Trump-Administration hat die Energieversorgung der Welt mit dem illegalen Krieg im Iran über Nacht und unnötigerweise beeinträchtigt. Das wirkt sich unmittelbar auf die Bürger:innen und ihren Geldbeutel aus. Wenn internationale Partner das Völkerrecht missachten, dann ist Europa aufgefordert, nicht nur als Zaungast zuzusehen, sondern als gestaltende Kraft zu antworten. Gleichzeitig hat sich der innereuropäische Schwerpunkt verschoben: Stand noch in der letzten Legislaturperiode der European Green Deal im Zentrum, ist es nun die Wettbewerbsfähigkeit. In einer unsicheren Welt muss die Fähigkeit vorhanden sein, sich zu behaupten. Die entscheidende Frage ist: Wie behauptet sich Europa? Die Antwort der beiden baden-württembergischen Europaabgeordneten lautet: durch mehr Innovation, einen integrierten Binnenmarkt und starke arbeitsrechtliche, soziale und Verbrauchervorgaben.

Innovation benötigt eine europäische Heimat. Zu häufig scheitert diese aber an einfachsten Hürden. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, innerhalb von 48 Stunden digital gegründet und nach der Gründung die unbeschränkte Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt nutzen zu können – das ist die Vision eines 28. Gesellschaftsrechts. Als Berichterstatter für den Gesetzesvorschlag zu EU Inc., dem 28. Regime, arbeitet René federführend daran, dass innovative Start-ups einfachen und schnellen Zugang zu 450 Millionen Verbraucher:innen haben. Für uns Sozialdemokrat:innen im Europaparlament ist aber klar: Das 28. Regime darf kein Vehikel für Scharlatane werden, die arbeits- oder sozialrechtliche Schutzstandards entkommen wollen. Klar ist: Wenn dieser Schutz und Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen nicht mitgedacht werden, riskieren wir das gleiche Schicksal wie frühere Versuche einer europäischen Gesellschaftsform: das Scheitern.

Doch eine europäische Gesellschaftsform allein reicht nicht. Innovation braucht auch die Grundlagenforschung, aus der sie entsteht. Genau hier droht die EU einen strategischen Fehler zu begehen. Zwar plant die Kommission eine Verdopplung des Budgets von Horizon Europe. Die Mitgliedstaaten werden kürzen und die Einbettung von Horizon in den Wettbewerbsfonds droht die Zweckbindung für unabhängige Grundlagenforschung auszuhöhlen. René Repasi setzt sich dafür ein, dass Forschungsexzellenz nicht dem Primat kurzfristiger Wettbewerbspolitik geopfert wird. Denn Innovation entsteht nur aus dem Wissen von morgen.

Wettbewerbsfähigkeit darf aber kein Deckmantel sein. Eine konservativ-rechtsextreme Mehrheit im Europäischen Parlament hat aber genau das mit der Verwässerung des Nachhaltigkeitsomnibus getan. Durch die Verwässerung der Lieferkettenrichtlinie und der Nachhaltigkeitsberichterstattung gibt sie den Wettbewerbsvorteil auf, den faire Unternehmen durch verbindliche Standards gegenüber Unternehmen mit fragwürdigen Standards besitzen. Faire Unternehmen zeigen tagtäglich, dass Profit, Menschenrechte und Umweltschutz zusammengehen. Noch besorgniserregender: Hinter dem Schlagwort Bürokratieabbau verbirgt sich eine antidemokratische Schlagrichtung. Jährliche Obergrenzen für Rechtsakte, unabhängige Stellen, welche der Kommission das Recht entziehen können, und Notfallmechanismen, mit denen Staatschefs laufende Gesetzgebungsverfahren stoppen können. Wer bestimmt, was unnötige Bürokratie

und was sinnvolle Schutzstandards sind? Dazu sind nur die Abgeordneten legitimiert und die von uns kontrollierte Kommission. Demokratie als Bürokratie zu diffamieren ist kein Bürokratieabbau, sondern Antiparlamentarismus.

Europa kann aber in einer Welt der multipolaren Krisen nur bestehen, wenn es widerstandsfähig und unabhängig von den digitalen Dienstleistungen Dritter ist. Dafür hat René Repasi den Grundstein gelegt, dass Zahlungen in Europa künftig offline und online ohne Unternehmen aus Drittstaaten stattfinden können. Unter René Repasis Ägide als Verhandler für das Europäische Parlament einigten sich Ko-Gesetzgeber und Europäische Kommission auf einen neuen Rahmen für ein modernes, sicheres und verbraucherfreundliches Regelwerk für digitale Zahlungen in der EU schaffen – ein zentraler Baustein zur Vertiefung des europäischen Binnenmarkts.

In dieser von Krisen geprägten Zeit, steht Europa vor einer weiteren Herausforderung: Die europäische Autoindustrie und die rund 13,8 Millionen Arbeitsplätze, die an ihr hängen, sind in Gefahr. Das trifft besonders Baden-Württemberg, auf das allein 500 000 dieser Arbeitsplätze entfallen. Vivien Costanzo setzt sich mit Nachdruck für eine Zukunft der Branche in Europa ein und arbeitet an Lösungen im Spannungsfeld der globalen Entwicklung zu Elektromobilität und den Herausforderungen vor Ort. Die Instrumente der EU dürfen an dieser Stelle keine schönen Slogans in den Vordergrund stellen, sondern müssen tatsächliche Perspektiven zur Jobsicherung liefern.

Vivien Costanzo verhandelt im Transportausschuss zwei der drei Vorschläge aus dem Automobilpaket der EU-Kommission: Die Anpassung der CO₂-Flottengrenzwerte sowie den Automobil Omnibus. In der Arbeit an diesen Initiativen sucht sie den Schulterschluss mit den Gewerkschaften und Betriebsräten in Baden-Württemberg und wirbt in Brüssel für eine Lösung in der politischen Mitte. Da insbesondere die Debatte um die CO₂-Flottengrenzwerte in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung stark polarisiert und die extreme Rechte bereits als potentieller Partner der Konservativen bereitsteht, ist eine solche Lösung in der politischen Mitte hier unverzichtbar.

Relevant für Verbraucher:innen ist auch die Reform der Ladesäulenverordnung AFIR, die derzeit vorbereitet wird. Diese wird nicht nur Ausbauziele für Ladeinfrastruktur enthalten, sondern wird auch Themen wie Interoperabilität und Anforderungen für Bezahlung sowie Preistransparenz beinhalten. Für Vivien Costanzo ist eine gut ausgebaute und einfach zugängliche Ladeinfrastruktur der Schlüssel für die gesellschaftliche Akzeptanz der Elektromobilität.

Als verkehrspolitische Sprecherin der Europa SPD setzt sich Vivien Costanzo mit Nachdruck für die Rechte der Reisenden ein – auf der Schiene, in der Luft und im Zusammenspiel beider.

Mit Blick auf den europäischen Bahnraum hat Vivien Costanzo deutlich gemacht, was es braucht, damit die Schiene zur echten Alternative zum Kurzstreckenflug wird: einfache grenzüberschreitende Buchungen, klare Haftungsregeln und verlässliche Fahrgastrechte. Wer europäisches Reisen wirklich attraktiver machen will, muss bei konkreten Verbesserungen für die Menschen anfangen. Die EU-Kommission hat hier einen guten Vorschlag gemacht: in den vorhandenen Buchungssystem sollen künftig grenzüberschreitende Buchungen als eine Buchung möglich sein – mit vollen Rechten. Ganz dem Motto: Eine Reise, ein Ticket, volle Rechte. Wichtig ist, die Kommission in dem Vorhaben zu unterstützen und umzusetzen.

Parallel dazu hat Vivien Costanzo klar Position bezogen bei der laufenden Reform der Fluggastrechte-Verordnung: Eine Verschlechterung bei den Entschädigungsansprüchen – etwa durch höhere Schwellenwerte oder eine aufgeweichte Auslegung von höherer Gewalt – kommt für uns nicht in Frage. Fluggastrechte sind kein bürokratischer Überhang, sondern ein elementarer Teil des europäischen Verbraucherschutzes.

Neben ihrer parlamentarischen Arbeit pflegt konsequent Vivien Costanzo den direkten Dialog mit den Bürger:innen in Baden-Württemberg. Mit ihrer Veranstaltungsreihe „Lass mal reden, Europa“ organisiert sie seit Frühjahr 2025 regelmäßig Europa-Stammtische u.a. in Freiburg, Offenburg, Konstanz, Tübingen oder bundesweit auch in Saarbrücken unterwegs – immer mit dem Ziel, europapolitische Debatten dorthin zu bringen, wo die Menschen leben. Neben dem offenen Stammtischformat hat sie zu thematischen Abenden online wie offline eingeladen: über die Zukunft der Automobilindustrie mit Ergun Lümali, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Mercedes-Benz Group AG, über europäische Handelspolitik und Trumps Zölle mit dem Handelssachverständigen Bernd Lange, über Frauenrechte und Lohngleichheit mit der Co-Vorsitzenden der SPD-Frauen Maria Noichl, über europäische Solidarität mit der Ukraine sowie über die humanitäre Lage in Gaza und dem Westjordanland. Ergänzt wurde das Programm durch mehrere Busfahrten nach Straßburg für Besuchergruppen aus Baden-Württemberg – ein Angebot, das Europa greifbar macht und zeigt: Das Europäische Parlament ist kein ferner Ort, sondern der Ort, an dem Politik für die Menschen gemacht wird.

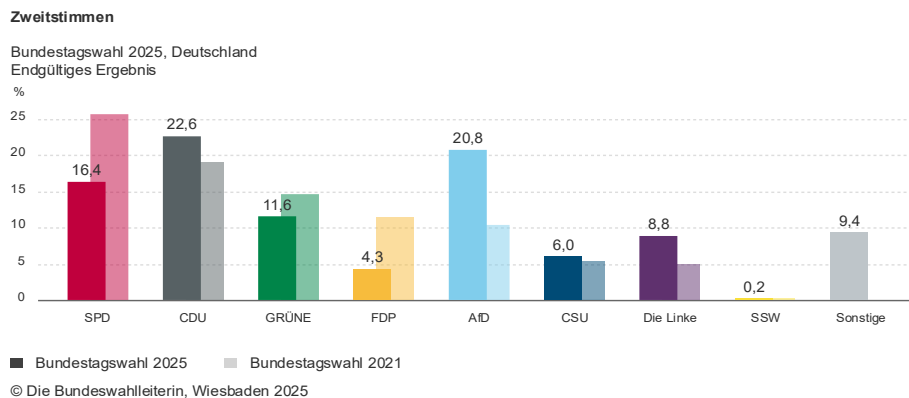
Dass Europa Verbraucherschutz und Innovation zusammendenken kann, haben René Repasi und Vivien Costanzo in dieser Legislatur gemeinsam bewiesen – der eine mit seinem Einsatz dem Binnenmarkt neuen Schwung zu verleihen, in dem Grundlagenforschung weiter die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs ist und neue Unternehmen schneller gegründet werden können; die andere mit ihrem Einsatz für faire Fluggastrechte, einen einheitlichen europäischen Luftraum und bessere Fahrgastrechte auf der Schiene. In beiden Fällen gilt dasselbe Prinzip: Regeln, die Verantwortung belohnen, Sicherheit schaffen und Innovationsräume öffnen. Diesen Kurs werden wir in den nächsten Jahren fortsetzen – für ein Europa, das stark und gerecht genug ist, um das Vertrauen der Bürger:innen zu verdienen.

Vivien Costanzo MdEP und René Repasi MdEP

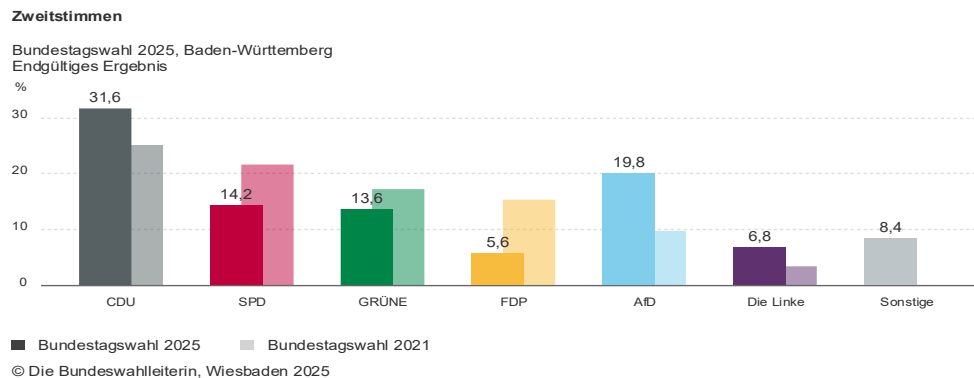


Für uns in Europa: Vivien Costanzo und René Repasi

11. BUNDESTAGSWAHL 2025



Die vorgezogene Bundestagswahl durch den Bruch der Ampel-Koalition ging auch mit einer Niederlage für die SPD einher. Auf Bundesebene verloren wir 6,3 Prozentpunkte bei den Zweitstimmen und vielen damit mit 16,4 Prozent auf den dritten Platz hinter der Union und der AfD zurück. Trotz einem Anstieg der Wahlbeteiligung um 6,2 Prozentpunkte verloren wir bundesweit 1,7 Millionen Wähler:innen im Vergleich zur Bundestagswahl 2021. In Baden-Württemberg lag unser Ergebnis von 14,2 Prozent 2,2 Prozentpunkte unter dem Bundesergebnis. Der Unterschied zum Bundesergebnis blieb mit dem Faktor ca. 0,8 über die vergangenen Wahlen konstant.



Die mit der Änderung des Wahlrechts verbundene Verkleinerung des Bundestags sowie unserem schlechten Abschneiden führte dazu, dass die SPD-Bundestagsfraktion um insgesamt 86 Abgeordnete geschrumpft ist. Auch die SPD-Landesgruppe besteht jetzt nur noch aus 13 Abgeordneten.

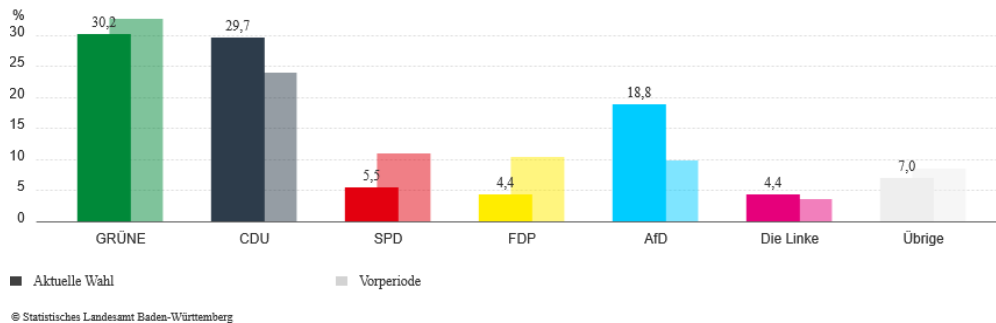
Nach der Bundestagswahl wurden die bisherigen Abgeordneten Heike Baehrens (Göppingen), Leni Breymaier (Aalen-Heidenheim), Josip Juratovic (Heilbronn), Gabriele Katzmarek (Rastatt)

und Dr. Martin Rosemann (Tübingen) verabschiedet, die alle nicht jahrelanger erfolgreicher Arbeit im Bundestag nicht mehr angetreten waren. Aufgrund des schlechten Abschneidens bei der Bundestagswahl zogen die Abgeordneten Lucia Schanbacher (Stuttgart, während der Wahlperiode für Takis Mehmet Ali (Lörrach-Müllheim) nachgerückt), Robin Mesarosch (Zollernalb-Sigmaringen), Kevin Leiser (Schwäbisch Hall-Hohenlohe) und Heike Engelhardt (Ravensburg) leider nicht mehr in den Bundestag ein.

Die SPD Baden-Württemberg ist in der nach der Bundestagswahl gebildeten, schwarz-roten Bundesregierung mit Dr. Nils Schmid (Verteidigung), Katja Mast (Arbeit und Soziales) und Rita Schwarzelühr-Sutter (Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit) mit drei parlamentarischen Staatssekretär:innen vertreten.

12. LANDTAGSWAHL 2026

Anteil der Zweitstimmen
Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg, Land Baden-Württemberg
Vorläufiges Ergebnis

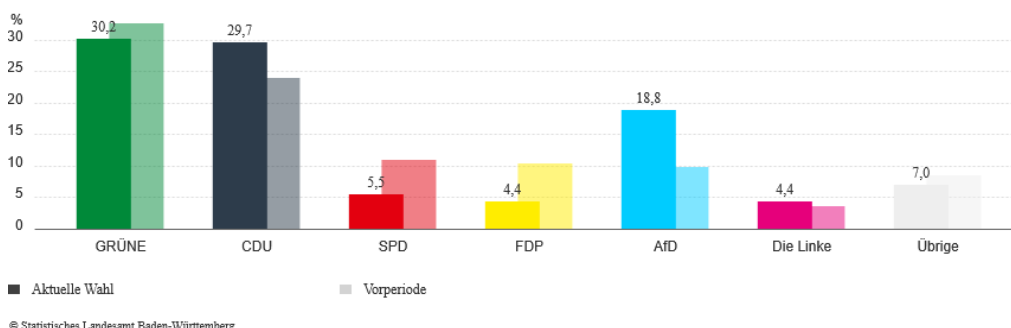


Der Wahlabend am 8. März 2026 werden viele Sozialdemokrat:innen in Baden-Württemberg lange nicht vergessen. Mit einem Ergebnis von gerade 5,5 Prozent werden in den nächsten Jahren nur noch 10 SPD-Abgeordnete die einzige demokratische Opposition im baden-württembergischen Landtag bilden. Die Landtagswahl wurde erstmals in einem Zweitstimmenwahlrecht analog zur Bundestagswahl gewählt. So war es möglich, paritätisch Frauen und Männer auf der Landesliste zu berücksichtigen.

Für den Landtag nicht mehr kandidiert haben die Abgeordneten Andreas Kenner (Kirchheim), Martin Rivoir (Ulm), Gabi Rolland (Freiburg II) und Hans-Peter Storz (Singen). Aufgrund des schlechten Wahlergebnisses zogen die Abgeordneten Sebastian Cuny (Weinheim), Jonas Hoffmann (Lörrach), Klaus Ranger (Neckarsulm), Jan-Peter Röderer (Sinsheim), Florian Wahl (Böblingen) und Jonas Weber (Rastatt) leider nicht mehr in den Landtag ein.

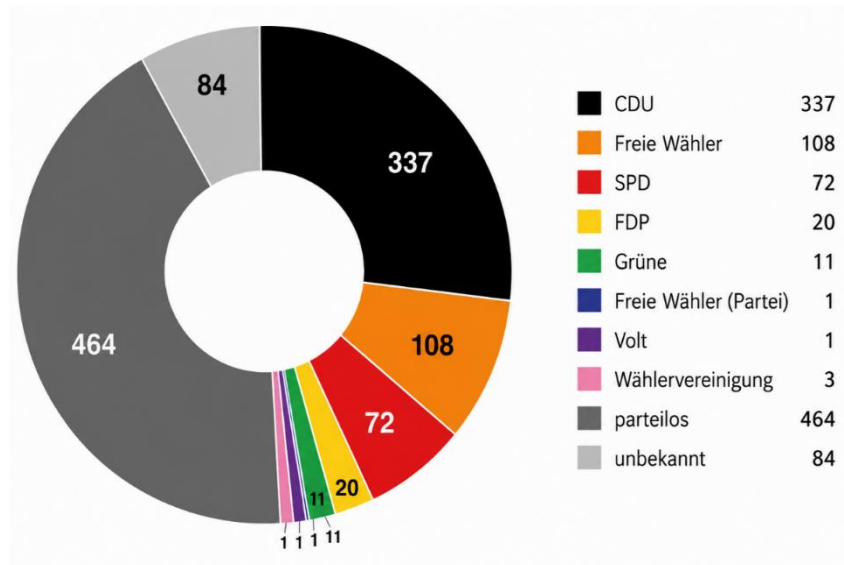
Der Landesvorstand hat beschlossen, das Wahlergebnis mit externer Begleitung umfassend zu analysieren, die Mitglieder mit vier Regionalkonferenzen zu beteiligen und den Landesparteitag von November auf Juni 2026 vorzuziehen.

Anteil der Zweitstimmen
Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg, Land Baden-Württemberg
Vorläufiges Ergebnis



13. (OBER-)BÜRGERMEISTER:INNENWAHLEN

In 1.101 selbständigen Gemeinden in Baden-Württemberg von Böllen (Kreis Lörrach) mit rund 100 Einwohner:innen bis Stuttgart mit über 600.000 Einwohner:innen finden pro Jahr im Schnitt 138 (Ober-)Bürgermeister:innenwahlen unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen statt. Der Rückblick auf die vergangenen (Ober-)Bürgermeister:innen ist ein Wechselbad der Gefühle.



In Kirchzarten (Breisgau-Hochschwarzwald), Freiberg am Neckar (Ludwigsburg), Alpirsbach (Freudenstadt), Furtwangen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Öhringen (Hohenlohekreis) und Urbach (Rems-Murr-Kreis) konnten Kandidat:innen mit sozialdemokratischem Profil überzeugen und zogen neu in die Rathäuser ein.



Den amtierenden (Ober-)Bürgermeistern in Bad Urach (Reutlingen), Graben-Neudorf (Karlsruhe), Neckarsulm (Heilbronn), Oberharmersbach (Ortenau), Gernsbach (Rastatt) und Altlußheim (Rhein-Neckar-Kreis) gelang die Wiederwahl.

Dem stehen oft knappe Niederlagen in Neulußheim, Meckesheim, Sindelfingen, Altbach, Mühlacker, Staufeu im Breisgau, Kuchen, Bruchsal, Ebersbach an der Fils, Umkirch und Pfedelbach gegenüber. Die Kandidierenden haben engagierte Wahlkämpfe geführt. Einige werden diese Erfahrung in einen neuen Wahlkampf einbringen können.

Für uns als Partei mit starker kommunaler Verankerung und Geschichte ist es wichtig, vor Ort in den Rathäusern weiterhin mit engagierten Genoss:innen präsent zu sein, die sich für das Wohl ihrer Gemeinde einsetzen. Wir haben kompetente, engagierte Menschen in unserer Partei mit echtem (Ober-)Bürgermeister:innen-Format, die das Amt mit ihrer Persönlichkeit und Kompetenz erfolgreich ausfüllen können. Das vergangene beiden Jahre zeigen, dass es bei vielen Wahlen leider nicht gelungen ist, Kandidierende zu gewinnen. Darunter Wahlen mit großen Chancen wie auszugewies Friedrichshafen, Renningen, Niefern-Öschelbronn, Schwetzingen, Gaildorf, Korb, Karlsdorf-Neuthard, Oberkochen, Bad Boll, Denzlingen, Teningen, Volkertshausen und Horb am Neckar. Dies zeigt, dass es die gemeinsame Aufgabe von uns allen bleiben muss, geeignete Kandidat:innen zu identifizieren, anzusprechen und zu gewinnen.

Der SPD-Landesverband unterstützt Kandidierende und Gliederungen mit Seminaren, Beratung und begleitet den Wahlkampf von der Planungsphase bis zum Wahltermin.

14. AFA – ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEIT

Bei der **Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)** engagieren sich politisch interessierte Arbeitnehmer:innen, Gewerkschafter:innen, Betriebs- und Personalrät:innen, Jugend- und Auszubildendenvertreter:innen und gewerkschaftliche Vertrauensleute. Das Leitmotiv unserer politischen Arbeit lautet: Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Mit der AfA-Landesdelegiertenkonferenz im März 2026, gab es Veränderungen und eine Verjüngung im AfA-Landesvorstand.

Als Landesvorsitzender wurde **Daniel Sauerbeck** aus dem AfA-Kreisverband Ostalb bestätigt. Sauerbeck ist Betriebsratsvorsitzender bei ZF Friedrichshafen AG in Alfdorf. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurde **Evelyne Gottselig** (Kreisverband Mannheim) wiedergewählt. Als neuer stellvertretender Landesvorsitzender kam **Gerri Kannenberg** (Kreisverband Stuttgart) hinzu.



Daniel Sauerbeck, AfA-Landesvorsitzender

Als Beisitzer:innen gewählt wurden Daniele Cipriano, Dr. Katrin Distler, Fabian Fink, Tröndle Susanne, Jonas Aberle, Weber Laura, Markus Dosch, Farina Semler, Rüdiger Kanzler, Georg Patzek, Roland Schlarb und Finn Schäfer. Somit decken die Landesvorstandsmitglieder ein weites Spektrum an Fachkompetenz aus den Gewerkschaften sowie Betrieben und Unternehmen ab.



AfA-Landesdelegiertenkonferenz 2026

Der **AfA-Landesvorstand** tagt in der Regel monatlich per Videokonferenzen aufgrund der Zusammensetzung im Landesvorstand. Zu den Sitzungen werden auch die AfA-Kreisvorsitzenden eingeladen. Die Themen in der Arbeitswelt standen dabei immer Vordergrund unserer Diskussionen. Die AfA hat ihre Präsenz und Aktivitäten ausgebaut. Unsere Aktivitäten in den sozialen Medien wurden erheblich ausgeweitet. Unsere jährlichen Klausurtagungen haben 2025 und 2026

stattgefunden, um insbesondere die Schwerpunktthemen und Aufgabenverteilung im Vorstand zu diskutieren.

Politische Kernforderungen der AfA bundesweit (2024-2026)

Mit unserer starken Mindestlohnkampagne intern und extern haben wir bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Wir haben als AfA auf dem Bundesparteitag 2023 Mehrheiten organisiert und uns politisch mit unserer Forderung nach einem Mindestlohn von 15 € nach intensiven innerparteilichen Auseinandersetzungen durchgesetzt. Ein Riesenerfolg für uns. Der Mindestlohn war zentrales Wahlkampfthema. Wir haben massiven Druck auf die Mindestlohnkommission aufgebaut!

Als Arbeitsgemeinschaft für Arbeit haben wir einen **10-Punkte Aktionsplan** beschlossen (Mai 2024). Unsere Forderung war und ist: „Kein öffentlicher Euro ohne Tarifvertrag!“ Seit März 2026 haben wir nun endlich ein Bundestariftreuegesetz. Das ist historisch. Staatsgeld gibt es in Zukunft nur noch mit sozialen Kriterien. Darauf haben wir lange hingearbeitet.

Schutz des 8-Stunden-Tages: Erfolgreiche Abwehr von Versuchen das Arbeitszeitgesetz aufzuweichen. Wir haben das als Position in der Partei auf dem Landes- und Bundesparteitag verteidigt. Seit an Seit mit den Gewerkschaften werden wir weiterhin den 8-Stunden Tag verteidigen. Wir lassen Angriffe auf Errungenschaften der Arbeiterbewegung nicht zu.

Rentenniveau von 48 %: Wir haben uns für die Sicherung der Haltelinie von mindestens 48 % eingesetzt und kämpfen gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Wir bemängeln die unausgewogene Besetzung der Rentenkommission der Bundesregierung und begrüßen die Einsetzung der Rentenkommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die AfA setzt sich für eine solidarische und lebensstandardsichernde Rente in Form einer Erwerbstätigenversicherung ein. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir strikt ab.



AfA-Bundeskonzferenz 2026

Gute Arbeit fällt nicht vom Himmel – Sie wird erkämpft, jeden Tag!

Unsere etablierten **Empfänge für Betriebs- und Personalrät:innen** fanden in Stuttgart statt, wo wieder zahlreiche Genossinnen und Genossen aus der Arbeitswelt begrüßt wurden.



Die **AfA-Bundeskonzferenz** fand im April 2026 statt. Wir nahmen mit 12 Delegierten daran teil und haben mit zahlreichen Wortbeiträge, die Stimme der AfA Baden-Württemberg präsent vertreten. Dabei wurde Cansel Kiziltepe für weitere zwei Jahre als AfA-Bundesvorsitzende bestätigt. Daniel Sauerbeck wurde in den Bundesvorstand der AfA gewählt und vertritt dort den Landesvorstand Baden-Württemberg.

Daniel Sauerbeck
AfA-Landesvorsitzender



Delegierte der AfA BaWü auf der Bundeskonferenz 2026

15. SPD FRAUEN

Bei der **Landesdelegiertenkonferenz** der SPD Frauen am 13. April 2024 in Stuttgart wurde Dr. Brigitte Schmid-Hagemeyer und Kathrin Breitenbücher als neue Landesvorsitzende gewählt. Als stellvertretende wurde Andrea Ahlemeyer-Stubbe gewählt, als Pressereferentin Elisabeth Barner-Gaedicke. Weitere Beisitzerinnen im Landesvorstand sind Hanna Rosahl-Theunissen, Gisela Gretschel, Konstanze Sieb, Laura Weber und Anne Weit.

Der **Landesvorstand der SPD Frauen** tagt in der Regel monatlich. Zu den Sitzungen werden auch die Kreisvorsitzenden der SPD Frauen eingeladen, von denen stets einige teilnehmen, sowie kooptierte Mitglieder. Die Sitzungen im Berichtszeitraum fanden größtenteils als Videokonferenzen statt. Einige Sitzungen wurden in Präsenz in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart durchgeführt. Im Oktober 2024 trafen wir uns zu einer Klausurtagung Freiburg, wo wir das Arbeitsprogramm für die nächsten beiden Jahre diskutierten und festlegten sowie die entsprechenden thematischen Arbeitsgruppen dazu bildeten. Neben der AG Mandatsträgerinnen und der AG Feministische Arbeitspolitik bildeten wir die AG Gewaltschutz und die AG geschlechtergerechte Medizin sowie die AG Eizellspende/ Leihmutterschaft.

Die SPD Frauen sind Mitglied im Landesfrauenrat und nehmen mit zwei Delegierten an den Delegiertenversammlungen teil. Nazan Kapan vertrat als ehemaliges Mitglied im Landesvorstand uns als SPD Frauen im Vorstand des Landesfrauenrats bis Herbst 2024. Sie schied dann leider krankheitsbedingt aus und verstarb kurze Zeit danach. Wir behalten sie als eine wunderbare Genossin in Erinnerung, die jahrzehntelange ungewöhnlich engagierte für Frauenrechte war. Ende 2024 wurde dann Chris Scheuing-Bartelmess (KV Ludwigsburg) als Beisitzerin die SPD Frauen im Vorstand des Landesfrauenrats gewählt. Im März 2026 nahm die Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrats unseren Antrag „Mehr Schutz von Minderjährigen und Erwachsenen vor organisierter sexualisierter Ausbeutung“ einstimmig an.

Am 2. Oktober 2024 nahm unsere Co-Landesvorsitzende Brigitte Schmid-Hagenmeyer an der Podiumsdiskussion „Gender Gaps in Care Work“ der Studentinnen Initiative Women in Economics an der Universität Mannheim teil. In der Veranstaltung wurden die bestehenden Ungleichheiten bei unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern ausführlich thematisiert. Brigitte Schmid-Hagenmeyer erläuterte, wie Frauen im Durchschnitt deutlich mehr Zeit für Kindererziehung, Pflege von Angehörigen und Hausarbeit aufwenden und welche ökonomischen Nachteile sich daraus für ihre Entlohnung, Karrierechancen, finanzielle Unabhängigkeit und Altersvorsorge ergeben. Gemeinsam mit den anderen Podiumsgästen wurden zudem Lösungsansätze diskutiert, wie Familienzeiten besser anerkannt, Job-Sharing und Führung in Teilzeit gefördert sowie gleichberechtigte Elternzeitmodelle und steuerliche Anreize für Elternpaare umgesetzt werden können. Die Diskussion bot nicht nur den Studierenden wertvolle Einblicke in die realen Folgen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, sondern unterstrich auch die Notwendigkeit gesellschaftlicher und politischer Maßnahmen zur Verringerung des Gender Care Gaps.

Beim Bundesausschuss im November 2024 war Brigitte Schmid-Hagenmeyer vertreten.

Die **Bundeskonzferenz** der SPD Frauen fand im November 2025 in Berlin statt. Daran nahmen wir mit einer 12-köpfigen Delegation teil. Carmen Wegge (MdB) und Ulrike Häfner wurden als Doppelspitze der SPD Frauen im Bund gewählt. Außerdem wurde Cornelia True als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt. Wir brachten 7 Anträge ein, die alle angenommen wurden:

- Antrag für mehr Damentoiletten in öffentlichen Gebäuden
- Antrag zum Monitoring der Antragsumsetzung
- Antrag zur Änderung des Sexualstrafrechts im Sinne einer „Nur Ja heißt Ja“ Regelung
- Antrag auf Verlängerung der Verfolgungsverjährung bei sexuellem Missbrauch von Kindern
- Antrag Fortbestehen des Fonds Sexueller Missbrauch der Bundesregierung
- Antrag Legalisierung von nichtkommerzieller Eizellenspende unter Nutzung vorhandener Eizellen
- Antrag: Keine Legalisierung von Leihmutterschaft in Deutschland

Zum Internationalen Frauentag, dem Tag gegen Gewalt gegen Frauen und oft auch zum Equal Care Day und dem Equal Pay Day geben wir regelmäßige Pressemitteilungen heraus. Darüber hinaus verfassen wir Pressemitteilungen häufig auch aus aktuellem Anlass, z.B. zur Kandidatur von Prof. Brosius-Gersdorf oder anlässlich des versuchten Femizids in Gera im März 2025.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 2025 haben wir unsere Social-Media-Präsenz deutlich verstärkt, um frauenpolitische Themen sichtbarer zu machen und eine breitere Zielgruppe zu erreichen. Gleichzeitig haben wir eine umfassende Online- und Offline-Kampagne entwickelt und den SPD Frauen im ganzen Land Materialien bereitgestellt, die zentrale frauenpolitische Inhalte bündeln und sowohl digital als auch vor Ort wirksam eingesetzt werden konnten.

2025 haben wir anlässlich des Internationalen Frauentags eine Aktion für die Kreisverbände mit einem Quiz zu Frauenthemen entwickelt, die dann mit wenig Aufwand vor Ort umgesetzt werden konnte. 2026 war der 8. März gleichzeitig Tag der Landtagswahl, zu dem wir eine sozial Media Action auf Instagram machten mit verschiedenen Gründen, warum Frauenrechte zu wählen, SPD wählen heißt.

Immer wieder laden wir uns zudem in unseren Vorstandssitzungen Mandatsträgerinnen aus allen Ebenen ein, mit denen wir uns zu dem aktuellen gleichstellungspolitischen Fragen austauschen. So berichtete im in unserer Vorstandssitzung im März 2025 Leni Breymaier als bisherige Berichterstatterin für die **Frauen- und Gleichstellungspolitik** in der SPD-Bundestagsfraktion von der Gleichstellungspolitik während der Ampelkoalition und den anstehenden Themen. Im Juli 2024 sprachen wir mit der ehemaligen Parteivorsitzenden Saskia Esken über gleichstellungspolitische Themen und den Umgang mit Frauen in Spitzenämtern in der SPD. Im November 2025 berichtet Heike Engelhardt (ehem. MdB) aus gleichstellungspolitischer Perspektive aus dem Europarat, dem sie angehörte.

Bei der Neuwahl des SPD-Landesvorstands im November 2024 kandidierte unser Vorstandmitglied Andrea Ahlemeyer-Stubbe SPD Frauen, leider ohne Erfolg.

In den Diskussionsprozess zur Neuaufstellung der Parteispitze der Landespartei haben wir uns intensiv eingebracht und eine paritätische Besetzung gerade auch der Spitzenämter mit Frauen gefordert, um die Gleichstellung innerhalb der Partei weiter voranzubringen und weibliche Perspektiven auf allen Ebenen sichtbar zu machen.

Die Kreisverbände unterstützen wir bei Neugründungen und Veranstaltungen nach Kräften, z.B. Informationen, das Konzipieren von landesweit umsetzbaren Aktionen oder durch Vermittlung von ReferentInnen. Nachdem sich die SPD Frauen im Bodenseekreis und in Tübingen neuformiert haben, ist nun auch im Kreisverband in Karlsruhe-Land eine Reaktivierung in Vorbereitung. Darüber hinaus haben die Kreisverbände die Möglichkeit, Beiträge und Berichte von Veranstaltungen auf unserer Homepage zu veröffentlichen und diese gezielt auf unseren Social-Media-Kanälen zu verlinken, um eine breitere Öffentlichkeit für Aktionen, Themen und Veranstaltungen zu erreichen. Anfang Januar 2025 fand zudem online ein Get-Together mit den Kreisvorsitzenden der SPD Frauen statt, bei dem u. a. Best-Practice-Formate der Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit aus den Kreisen vorgestellt wurden. Die Vernetzung war uns dabei stets besonders wichtig, um den Austausch von Erfahrungen zu fördern und die Frauenpolitik gemeinsam stärker sichtbar zu machen.

Ein thematischer Schwerpunkt des Landesvorstands der SPD Frauen in den letzten 2 Jahren war das Thema Gewaltschutz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Daniel Born machten wir in einer Buchhandlung in Eppelheim eine Veranstaltung zum Thema Loverboy Methode, wobei die Autorin Barbara Schmid aus ihrem Buch dazu las. Ein Jahr später stellte sie uns ihr neues Buch in einer online-Veranstaltung vor mit dem Titel: Buch „Die (un)verborgene Gewalt gegen Frauen. Wie Prostitution den Frauenhass in unserer Gesellschaft fördert, zur Gefahr für jede Frau wird und was wir dagegen tun können“. Darüber hinaus haben wir mehrere Pressemitteilungen veröffentlicht und gezielte Social-Media-Aktionen zum Thema Gewalt gegen Frauen durchgeführt, um auf das Problem aufmerksam zu machen und um eine breitere gesellschaftliche Diskussion anzustoßen.

Leni Breymer und Brigitte Schmid-Hagenmeyer vertraten die SPD Frauen Baden-Württemberg in dem von den Bundes-SPD Frauen eingesetzten bundesweiten „Begleitausschuss Prostitution/Sexarbeit“, indem ab Anfang 2024 eineinhalb Jahre lang intensiv mit verschiedenen ReferentInnen um eine Neupositionierung der SPD Frauen gerungen wurde. Bei der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD Frauen im November 2025 wurde dann die neue Haltung der SPD Frauen beschlossen, die die bisherige Position der SPD Frauen für die Beibehaltung der aktuellen Prostitutionsgesetzgebung ergänzt um eine zweite Position, die sich klar für die Einführung des Nordischen Modells ausspricht. Zum Thema Gewaltschutz wurden auch mehrere Anträge bei der BuKo gestellt und angenommen. Auch in den Landesfrauenrat haben wir erfolgreich den Antrag „Mehr Schutz von Minderjährigen und Erwachsenen vor organisierter sexualisierter Ausbeutung“ eingebracht.

Thematisch haben wir uns im Landesvorstand in dieser Legislatur zudem intensiv mit der Frage nach einer möglichen Legalisierung von Eizellspende und Leihmutterschaft auseinandergesetzt. Zunächst in einer inhaltlichen Diskussion innerhalb des Vorstands, dann mit Veröffentlichungen zu der Thematik und einer eigens dazu konzipierten Veranstaltung mit Expertinnen. Gemeinsam mit den Jusos führten wir eine hybride Podiumsdiskussion zum Thema „**Legalisierung von Eizellspende und Leihmutterschaft?**“ Ende November 2024 in Stuttgart durch, um die

innerparteiliche und gesellschaftliche Diskussion zu dieser Thematik zu fördern. Die eigene Positionierung brachten wir dann auch als zwei Anträge in die BuKo ein, wo sie beide angenommen wurden. Schließlich fassten wir unsere Haltung in einem Positionspapier zu der Thematik zusammen.

Mit den anderen Arbeitsgemeinschaften der SPD Baden-Württemberg stehen wir in regelmäßigem und konstruktivem Austausch – insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit (ASG) und den Jusos –, um gemeinsam frauenpolitische Positionen zu entwickeln, an übergreifenden Themen zu arbeiten und unsere Anliegen partei- und generationsübergreifend zu vernetzen.

Die Arbeitsgemeinschaft **Feministische Arbeitspolitik** der SPD-Frauen BW beschäftigt sich mit Fragen der Gleichstellung in der Arbeitswelt, fairer Bezahlung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Diskriminierung. Die Arbeitsgemeinschaft **Mandatsträgerinnen** beschäftigte sich damit, wie Frauen auf unterschiedlichen politischen Ebenen besser unterstützt, vernetzt und gestärkt werden können. Dabei ging es insbesondere darum, die Sichtbarkeit und Einflussmöglichkeiten weiblicher Mandatsträgerinnen zu erhöhen, die Parität innerhalb politischer Strukturen zu stärken und Frauen zu ermutigen, selbst politische Verantwortung zu übernehmen.

Am 20. Januar 2026 fand gemeinsam mit den SPD Frauen Karlsruhe eine Lesung mit der Bestsellerautorin Alexandra Zykunov im Kulturzentrum Tollhaus statt. In ihrem Buch „*Was wollt ihr denn noch alles?!*“ machte sie anhand von Studien und Zahlen deutlich, wo Frauen im Alltag weiterhin strukturell benachteiligt werden, und welche gesellschaftlichen Ungleichheiten bestehen. Die Veranstaltung bot Raum für Austausch und Diskussion und zeigte eindrucksvoll das große Interesse an feministischen Themen und Debatten in der Region.

Insgesamt können wir als SPD Frauen Baden-Württemberg auf eine engagierte und inhaltlich vielfältige Arbeit in den vergangenen zwei Jahren zurückblicken. Wir haben wichtige frauenpolitische Themen aufgegriffen, Impulse auf Landes- und Bundesebene eingebracht und unsere Vernetzung innerhalb der Partei sowie mit gesellschaftlichen Akteurinnen weiter gestärkt. Durch Veranstaltungen, Kampagnen und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist es uns gelungen, unsere Positionen sichtbarer zu machen. Gleichzeitig bleibt es unser Anspruch, die Gleichstellung weiter voranzutreiben und uns auch künftig mit Nachdruck für die Rechte und Interessen von Frauen einzusetzen.

Am 25.04.2026 stand bei unserer **Landesdelegiertenkonferenz** in Tübingen die Neuwahl des Vorstands an. Neben Brigitte Schmid-Hagenmeyer wurde Cornelia True als neue Co-Landesvorsitzende gewählt.

Dr. Brigitte Schmid Hagenmeyer und Kathrin Breitenbücher
Landesvorsitzende der SPD Frauen

Neu gewählter SPD-Frauen LaVo
Landesdelegiertenkonferenz Stuttgart, 2024



LaVo-Klausur
Freiburg, 2024



LPT
Offenburg, 2024



Veranstaltung zum Gender Pay Gap
Mannheim, 2024



BuKo Delegation
Berlin 2025





LPT
Ulm, 2025



Veranstaltung zum
Thema „LoveBoy“



LaVo Sitzung
Stuttgart, 2024



Landesfrauenrat
2024



Podiumsdiskussion
Eizellspende & Leihmutterschaft
Stuttgart, 2025



16. JUSOS

Dauerwahlkampf und volle Juso Power

Die letzten zwei Jahre waren für die Jusos stark von Wahlkämpfen geprägt. Sowohl der Bundestagswahlkampf als auch der Landtagswahlkampf standen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Mit über 30 Juso Kandidierenden in beiden Wahlkämpfen haben viele unserer Mitglieder Verantwortung übernommen und sich aktiv eingebracht. Der Landesverband war dabei mit unterschiedlichen Aktionen im ganzen Land präsent, unter anderem mit einer Bustour, einem Kliniklauf und einer Wahlkampfhütte.

Auch auf Social Media konnten wir eindrucksvoll zeigen, welche Reichweite wir erzielen können. Mit Millionen von Aufrufen haben wir bewiesen, dass wir ein elementarer Bestandteil zukünftiger Wahlkampfstrategien sein müssen.

Unser Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus

In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns zudem intensiv mit Fragen rund um Wirtschaft und die Arbeit der Zukunft auseinandergesetzt. Im Rahmen unserer Politikwerkstatt und unseres Zukunftskongresses konnten wir uns ausführlich mit unterschiedlichen Perspektiven sowie externen Speaker*innen beschäftigen. Dabei haben wir unsere Beschlusslage weiterentwickelt und uns klar zum demokratischen Sozialismus als angestrebtes Wirtschaftssystem bekannt.



Politikwerkstatt 2026 der Jusos in Schwäbisch Hall

Vom Außenseiter zur starken Stimme im Juso-Bundesverband

Auch auf Bundesebene haben die Jusos Baden-Württemberg deutlich an Bedeutung gewonnen. Nach Jahren in einer Außenseiterrolle konnten wir mit Lara Herter seit 2023 erstmals seit langer Zeit wieder eine stellvertretende Bundesvorsitzende aus Baden-Württemberg stellen. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt ist mit Gidion Zieten erneut ein Vertreter aus unserem Landesverband in den Bundesvorstand gewählt worden. Dass Baden-Württemberg nun zwei Amtszeiten in Folge im Bundesvorstand vertreten ist, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis kontinuierlicher und inhaltlich fundierter Arbeit. Dabei ist es uns gelungen, konstruktiv zur Weiterentwicklung des Bundesverbandes beizutragen, ohne unsere eigene inhaltliche Identität aufzugeben. Ein Beispiel dafür ist der letzte Bundeskongress, auf dem wir in der einzigen strittigen Abstimmung unseren Antrag zur Verhaftung Benjamin Netanjahus im Falle seiner Einreise nach Deutschland knapp durchsetzen konnten.

Ein besonderer Höhepunkt dieser Entwicklung war die Ausrichtung des ersten Juso Bundeskongresses in Baden-Württemberg seit fast 40 Jahren, der im schönen Mannheim stattfand. Auch in Zukunft wollen wir uns noch stärker in den Bundesverband einbringen und neue Wege gehen, um diesen weiter voranzubringen.



Bundeskongress 2025 der Jusos in Mannheim

Laut, sichtbar, unübersehbar auf der Straße

Wie in den vergangenen Jahren waren wir auch diesmal wieder mit einer starken Präsenz beim CSD in Stuttgart vertreten, gemeinsam mit der SPD AG Queer und trotz schwieriger Wetterbedingungen. Dort haben wir uns klar für queere Rechte eingesetzt. Darüber hinaus haben wir gemeinsam mit der SGK einen Kommunalgipfel organisiert, um mehr Jusos für die kommunale Ebene zu gewinnen und unsere Präsenz vor Ort zu stärken. Mit den SPD Frauen haben wir kritisch über die Legalisierung von Leihmutterschaft und Eizellspende gestritten.

Gemeinsamer Kampf für ein progressives Baden-Württemberg

Seit diesem Jahr bietet der Landesvorstand zudem ein erweitertes Workshopprogramm für Mitglieder an. Dieses reicht von der Vermittlung unserer Grundwerte über inhaltliche und organisatorische Themen bis hin zu Empowerment Workshops. Parallel dazu arbeiten wir eng mit anderen Jugendorganisationen zusammen, die ähnliche politische Ziele verfolgen. In Baden-Württemberg haben wir eine regelmäßige Austauschrunde mit linken und grünen Jugendorganisationen etabliert, um uns besser zu vernetzen und gemeinsam das progressive Lager zu stärken.

Klare Haltung: Antirassistisch in die Zukunft

Auf der Juso-Bundesebene wurden die bisherigen Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Internationalismus im vergangenen Jahr um Antifaschismus und Antirassismus ergänzt. Gerade im Bereich Antirassismus sehen wir als Landesverband eine besondere Verantwortung und möchten hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Mit unserer fest organisierten BIPOC-Vernetzung (Bipoc steht für Black, Indigenous, People of color und stammt aus den USA und ist ein Selbstzuschreibung für Personen, die Rassismus und strukturelle Diskriminierung erfahren haben) haben wir bereits einen wichtigen ersten Schritt gemacht. Darauf aufbauend wollen wir unseren Anspruch weiter vertiefen und zusätzliche Konzepte, Workshops und Bildungsangebote entwickeln, um uns als Verband konsequent antirassistisch aufzustellen.

Daniel Krusic

Juso-Landesvorsitzender

Die Landesvorstände 2024-2026 im Überblick:

Arbeitsjahr 2024/25:

Daniel Krusic, Wurda Arshad, Paul Frank, Maria Garcia-Bescos, Ellen Joos, Anna-Lena Pfeffer, Fortunato Russo, Jette Wagler, Matthias Wiedemer

Arbeitsjahr 2025/26:

Daniel Krusic, Nathalie Ziwey, Gasan Gusejnov, Amelie Kretschmer, Finn Schäfer, Ramona Fuchs, Tim Reeth, Frida Ketterer, Luca Heilmann

17. AG 60PLUS – ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER SENIOR:INNEN

Wahlkampf und Aktivitäten zu Jahresbeginn 2025

Zu Beginn des Jahres 2025 stand der Bundestagswahlkampf im Fokus der Aktivitäten. Die Landesvorsitzende Ute May nahm gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden der AG 60plus, Lothar Binding, an einer Bus-tour durch Baden-Württemberg teil, die unter anderem nach Ulm führte.



Im Rahmen der kontinuierlichen Kontaktpflege mit den Kreisverbänden besuchte Ute May am 9. Mai 2025 den Kreisverband Heilbronn Stadt und Land.

Neugründungen und regionale Aktivitäten

Am 10. Mai 2025 wurde die AG 60 plus Ulm/Alb-Donau gegründet. Ute May war bei der Gründungsversammlung anwesend und informierte über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft. Zur Vorsitzenden wurde Sandra Spang (Ulm) gewählt. Eine weitere Neugründung erfolgte am 9. Februar 2025 im Kreis Freudenstadt. Als Vorsitzender wurde Gerald Wiech gewählt.



Darüber hinaus organisierten die Kreis-AGs regelmäßig Veranstaltungen und Ausflüge. So fand am 22. August 2025 ein Ausflug nach Tübingen statt. Auch der Ausflug der AG Pforzheim/Enzkreis nach Knittlingen war sehr gefragt.



Die Kombination aus Informationsangeboten, Besichtigungen und geselligem Austausch wurde von den Mitgliedern sehr gut angenommen.

Landesdelegiertenkonferenz 2025 in Renningen

Am 26. Juli 2025 fand die Landeskonferenz der AG 60 plus Baden-Württemberg in Renningen statt. Als Gastredner konnte der SPD-Landesvorsitzende Andreas Stoch begrüßt werden. Ebenfalls anwesend waren der AG 60 plus-Bundesvorsitzende Lothar Binding sowie die Bundestagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Jasmina Hostert.



Im Rahmen der Konferenz wurden langjährige Mitglieder für ihr Engagement gewürdigt. Rainer Arnold wurde für seine langjährige Tätigkeit als Landesvorsitzender geehrt und bleibt weiterhin als Beisitzer sowie als verantwortlicher Designer und Redakteur des Newsletters aktiv. Bernd Sevecke wurde ebenfalls für sein Engagement geehrt; er kandidierte auf eigenen Wunsch nicht erneut für den Vorstand.



Wahl des Landesvorstands

Im Anschluss an die Landeskonzferenz wurde ein neuer Landesvorstand gewählt:

Landesvorsitzende: Ute May

Stellvertretende Landesvorsitzende: Jens Béchu, Norbert Theobald (zugleich Mitglied im Bundesvorstand der AG 60 plus)



Beisitzerinnen und Beisitzer: Renate Knauss, Rainer Arnold, Monika von Felbert, Rose Riedl, Sandra Spang, Helmut Honsberg, Marlene Rupprecht, Hans-Georg Kerler, Friedrich Gocht, Roland Helber, Alois Niecholatz, Hans Gregor

Inhaltliche Schwerpunkte

Im Rahmen der Landeskonzferenz wurden mehrere Anträge beraten und beschlossen. Die zentralen Themen waren:

- Verbesserung der Teilhabechancen im Alter
- stärkere Beteiligung älterer Mitglieder in Parteigremien
- Energieeinsparung durch Smart Meter
- Unterstützung pflegender Angehöriger
- Altersarmut bei alleinstehenden Frauen

Zusammenarbeit und Vernetzung

Die AG 60 plus pflegt einen regelmäßigen Austausch mit anderen Arbeitsgemeinschaften der SPD, insbesondere mit den Jusos, der ASF sowie der AG Gesundheit. Zukünftig sind verstärkt gemeinsame Initiativen und Veranstaltungen geplant.

Veranstaltungen und Gremienarbeit



Ein Höhepunkt im Veranstaltungsjahr war der Jahresempfang am 1. Oktober 2025, zu dem der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch, als Gastredner begrüßt werden konnte. Der Jahresempfang dient zugleich als wichtiges Forum für den persönlichen Austausch der Mitglieder.

Darüber hinaus beteiligte sich die AG 60 plus aktiv an der Parteiarbeit auf Landesebene, insbesondere im Rahmen von Landesparteitagen und Vorstandssitzungen.



Der Landesvorstand organisiert regelmäßig Fachveranstaltungen, unter anderem zu gesundheitspolitischen Themen, beispielsweise in Ludwigsburg unter Beteiligung externer Expertinnen und Experten.

Die Sitzungen des Landesvorstands finden in einem Turnus von etwa sechs Wochen statt, überwiegend in Stuttgart, aber auch an wechselnden Orten wie Heidelberg oder Tübingen. An die Mitglieder der AG 60 plus wird 4x im Jahr ein Newsletter per Mail versandt, in dem Mitglieder des Bundes- oder Landtages Fragen zu aktuellen Themen beantworten, Berichte aus dem Landesvorstand oder Kreisen der AG erscheinen oder Termine mitgeteilt werden. Dieser Newsletter erreicht jedes Mal über 10.000 Mitglieder in Baden-Württemberg.

Aktivitäten im Jahr 2026

Im Februar 2026 begann erneut eine Phase intensiver Wahlkampfaktivitäten. In diesem Zusammenhang fanden verschiedene Veranstaltungen und Begegnungen statt, unter anderem mit Matthias Miersch. Auch auf regionaler Ebene setzte sich das Engagement fort, beispielsweise bei Wahlkampfaktionen in Stuttgart oder Langenau.

Nach der Landtagswahl organisierte die AG im Kreis Calw eine Veranstaltung in Schömberg mit Ralf Stegner als Gast. Ebenfalls anwesend waren der neu gewählte Bürgermeister sowie die Kreisvorsitzende Daniela Steinrode.



Gern könnt ihr mit der SPD AG 60 plus BW in Kontakt treten!

Mail: ute.may@spd60plus.bw.de

Ute May

Landesvorsitzende der AG 60 plus

18. ASJ – ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURIST:INNEN

Nach der Wahl des neuen Landesvorstands im Mai 2024, mit Malte von Barga als Landesvorsitzender und Herbert Zinell und Eberhard Natter als stellvertretenden Vorsitzenden, hat die Arbeit des ASJ Baden-Württemberg spürbar Fahrt aufgenommen. Um diese Arbeit auch öffentlichkeitswirksam zu gestalten und noch mehr Jurist:innen für eine Mitarbeit in der ASJ zu begeistern, haben wir über alle Aktivitäten im Internetauftritt der ASJ berichtet.

Wir starteten im September 2024 mit einem Austausch mit dem Generalsekretär der Landespartei **Sascha Binder**. Nach einem Überblick von Sascha Binder über die aktuelle Bundes- und Landespolitik haben wir uns über die Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Fraktion, Partei und ASJ ausgetauscht. Hierbei ging es um Fragen der inneren Sicherheit, um den Untersuchungsausschuss Polizei, das Kommunalwahlrecht, die juristische Ausbildung und um die Schaffung eines juristischen Netzwerks.

Im Oktober 2024 haben wir uns zum Gesetzentwurf für **schnelleres Bauen** geäußert. Zur geplanten Abschaffung des Widerspruchsverfahrens, also des Vorverfahrens innerhalb der Verwaltung, haben wir die Meinung vertreten, dass dies weitreichende negative Konsequenzen hätte. Wenn das Widerspruchsverfahren nicht mehr zur Verfügung stehe, bleibe den Bürgern, denen die Überprüfung der Entscheidung der Baurechtsbehörde ein Anliegen ist, lediglich die Möglichkeit, unmittelbar das zuständige Verwaltungsgericht, also die unabhängige Dritte Gewalt, anzurufen.

Im November 2024 haben wir zur geplanten Einführung eines integrierten **Jura-Bachelors** in Baden-Württemberg Stellung genommen. Wir haben die Einführung begrüßt, weil dieser Abschluss die Bildungsgerechtigkeit fördert, dem juristischen Fachkräftemangel entgegenwirkt und eine angemessene Anerkennung für bereits erbrachte Studienleistungen darstellt. Wir haben die Hoffnung auf eine baldige, flächendeckende Umsetzung an allen juristischen Fakultäten des Landes geäußert, um die Attraktivität des Ausbildungsstandorts Baden-Württemberg zu gewährleisten.

Im Januar 2025 haben wir uns mit dem neu gewählten Vizepräsidenten des Landesverfassungsgerichts, **Daniel O'Sullivan**, ausgetauscht. Es ist sehr erfreulich, dass es unserer Partei gelungen ist, einen Genossen als Vizepräsidenten dieses wichtigen Gerichts durchzusetzen. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Daniel stand die Frage, wie der Gerichtshof besser vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen abgesichert werden könne.

Im Mai 2025 haben wir uns zu den vom Bundesinnenminister Dobrindt veranlassten **Grenzschließungen** positioniert. Wir haben die Auffassung vertreten, dass die Weisungen des Bundesinnenministers rechtswidrig seien und sowohl gegen Unionsrecht als auch nationales Recht verstießen. Derartige Weisungen untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat und legten die Axt an die europäische Friedensidee.

Im Juli 2025 befassten wir uns mit einem bisher kaum diskutierten Aspekt eines möglichen **AfD-Verbotsverfahrens**, nämlich mit dem prozessualen Ablauf des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Unser Mitglied **Armin Nack** zeigte auf, dass sich das BVerfG in einem Parteiverbotsverfahren in der – ungewohnten – Rolle des Tatrichters befinde. Es müsse Beweise erheben und diese im Einzelnen würdigen. Diese Aufgabe sei angesichts des zu erwartenden Umfangs des Materials nicht einfach. Armin machte außerdem auf einen weiteren, weitgehend unbekannten Aspekt eines Parteiverbotsverfahrens aufmerksam: Ein etwaiges Parteiverbot der AfD führe – etwas vereinfacht ausgedrückt – zu einem Mandatsverlust der AfD-Mandatsträger im Bundestag, in den Landtagen und den Kreis- und Gemeinderäten. Diese Rechtsfolge habe ganz erhebliche Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse in den verschiedenen Vertretungen, vor allem in den neuen Bundesländern.

Eine hoch interessante Veranstaltung konnten wir im Juni 2025 durchführen, und zwar mit dem Experten für Völkerstrafrecht, **Prof. Kai Ambos**. Herr Ambos äußerte sich u.a. zur Frage, ob der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu aufgrund des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs verhaftet werden müsse, wenn er zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland einreise. Außerdem nahm Herr Ambos zur Frage des Völkerrechtswidrigkeit des Angriffs des Staates Israel im Juni 2025 auf den Iran Stellung. Herr Ambos warb leidenschaftlich für die Aufrechterhaltung einer regelbasierten Weltordnung, auch wenn diese gegenwärtig von zahlreichen Staaten mit Füßen getreten werde.

Im September diskutierte die ASJ Baden-Württemberg mit **Fedor Rose**, dem Chef der Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz, über sein neues – mit Gerd Mielke verfasstes – Buch "Auf dünnem Eis – SPD in Krisenzeiten", 2025 erschienen im Campus Verlag, und die Zukunft der Sozialdemokratie. Der gebürtige Hesse, der sich selbst als "aus dem Maschinenraum der Verwaltung" beschreibt, gab ehrliche Einblicke in die aus seiner Sicht bestehenden Herausforderungen vor der die Partei steht.

Im Januar 2026 holten wir – verschoben – Austausch mit dem rechtspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Boris Weirauch** nach. Wir diskutierten mit Boris den Gesetzentwurf der Fraktion betr. die Mindestanforderungen von Bewerbern/innen für den juristischen Vorbereitungsdienst. Boris teilte uns mit, in der letzten Zeit sei es vermehrt zu Bewerbungen von rechtsextremen Bewerbern/innen für den juristischen Vorbereitungsdienst gekommen. Ergänzend berichtete uns Boris kurz über die Überlegungen der Fraktion zur Reform der Juristenausbildung, hierbei insbesondere über die Einführung eines sog. integrierten Bachelors.

Im Februar 2026 folgte ein Austausch mit dem Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses des Deutschen Bundestags, **Macit Karaahmetoglu**. Macit wandte sich entschieden gegen den vom BSW erhobene Vorwurf der Parteilichkeit des Ausschusses. In weiten Teilen habe das BSW lediglich nicht überprüfbare Vermutungen vorgetragen. Soweit das BSW konkrete Beanstandungen erhoben habe, sei der Ausschuss diesen bis ins Detail nachgegangen. Es habe sich herausgestellt, dass sämtliche Beanstandungen unbegründet waren. Daher habe der Ausschuss dem Deutschen Bundestag empfohlen, den Einspruch des BSW zurückzuweisen.

Ein Höhepunkt unserer Arbeit stellte der - lang vorbereitete – Austausch mit **Saskia Esken** Ende März 2026 dar. Saskia wandte sich vehement gegen das verbreitete Narrativ, die SPD trete nicht mehr für die Interessen der Arbeitnehmerschaft ein. Wir diskutierten mit Saskia den Wert eines neuen Grundsatzprogramms und die Rolle der Arbeitsgemeinschaften bei der Erstellung

des Programms. Außerdem erörterten wir, wie die SPD in dem angekündigten Reformprozess einen sozialdemokratisch geprägten „Aufschlag“ machen könne. Angesprochen wurde auch die Frage einer besseren Kommunikation, mit neuen Formaten, um für die jungen Menschen attraktiv zu sein.

Im Mai 2026 steht die ASJ-Landeskonferenz an. Es ist uns gelungen, einige jüngere Genossinnen und Genossen dazu zu ermuntern, sich für eine Funktion im Landesvorstand zu bewerben. Wir erhoffen uns davon neue wichtige Impulse für unsere Arbeit.

Malte von Barga
ASJ-Landesvorsitzender

19. AG SELBSTAKTIV

Die AG Selbst Aktiv versteht sich als Bindeglied zwischen der SPD und Menschen mit und ohne Behinderung, die sich für eine inklusive, barrierefreie und solidarische Gesellschaft engagieren möchten. Selbst Aktiv steht allen offen – unabhängig davon, ob sie Mitglied der SPD sind oder nicht. Grundlage unserer politischen Arbeit ist die UN-Behindertenrechtskonvention. Unser Anliegen ist es, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen der Politik sowie des gesellschaftlichen Lebens zu stärken.

Auf Landesebene wurde Selbst Aktiv im Jahr 2017 als Arbeitsgemeinschaft gegründet. Unser Ziel ist es, die Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigungen zu verbessern. Dabei setzen wir uns innerhalb der SPD dafür ein, über die Anliegen von Menschen mit Behinderung aufzuklären, zugleich aber auch außerhalb der Partei auf bestehende Herausforderungen aufmerksam zu machen und für konkrete Verbesserungen einzutreten. Die Sitzungen des Landesvorstands finden in der Regel etwa alle sechs Wochen statt.

An der Selbst Aktiv Bundeskonferenz im Mai dieses Jahres in Berlin nahmen wir erneut mit fünf Delegierten teil. Erfreulich aus unserer Sicht: Baden-Württemberg ist weiterhin im Bundesvorstand mit Pierre Orthen im elfköpfigen Bundesvorstand vertreten, was unser Engagement unterstreicht. Themen wie inklusive Arbeitsmarktpolitik, barrierefreie Mobilität oder der Einsatz für einen europäischen Schwerbehindertenausweis werden von uns gesetzt.

An den Landesparteitagen nehmen wir regelmäßig teil. Gegenwärtig setzen wir uns für ein inklusives Parteileben ein. Ein weiterer Themenschwerpunkt unserer Arbeit ist die barrierefreie Mobilität. Unser Landesvorstandsmitglied Pierre Orthen steht hierzu in einem konstruktiven Austausch mit Fachverbänden und Fachpolitiker:innen. In diesem Zusammenhang danken wir recht herzlich für den konstruktiven Austausch mit dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion.

Unser Landesvorstand besteht gegenwärtig aus folgenden Mitgliedern: Landesvorsitzende ist Sabine Rochlitz, Stellvertreter sind Pierre Orthen und Artur Budnik. Als Beisitzer:innen vervollständigen Simon Gebhardt, Anne Oehne-Marquard, Joachim Jungmann, Uwe Roth und Peter Klumpp die Vorstandschaft.

Sabine Rochlitz

Landesvorsitzende der AG Selbst Aktiv

20. ASG – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALDEMOKRAT:INNEN IM GESUNDHEITSWESEN

Ziel der ASG ist es für das Land die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte und qualitätsgesicherte Gesundheitsversorgung zu formulieren. Wir engagieren uns in Baden-Württemberg für ein solidarisches, finanzierbares und sinnvoll gesteuertes Gesundheits- und Pflegesystem in Stadt und Land. Wir waren dabei auch beratend für den Landesvorstand und die Landtagsfraktion tätig und gut mit den Abgeordneten der letzten Legislatur vernetzt. Gerne nutzen wir die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften. Im ASG-Bundesvorstand sind wir mit Enes Batuhan Baskal vertreten.

Bei der letzten ASG-Landeskonferenz im Oktober 2025 standen turnusgemäß Neuwahlen des Vorstandes an. Nach vielen Jahren hat Herbert Weisbrod-Frey nicht erneut als Vorsitzender kandidiert. Vielen Dank für Deinen engagierten Einsatz – die sozialdemokratische Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg wird immer mit Deinem Namen verbunden sein. Neu gewählt wurde Claudia Brackmeyer als Vorsitzende. Inhaltlich haben wir Anträge zur ärztlichen und wissenschaftlichen Unabhängigkeit in den Gesundheitsämtern, der Einführung einer verbindlichen Altersgrenze für Social-Media und verstärkten Präventionsmaßnahmen im Geschäftsbereich des BMLEH („Zuckersteuer“, „Nutri-Score“, Einschränkung von Werbung und Marketing für gesundheitsschädliche Produkte) beschlossen.

Regelmäßig nimmt die ASG auch an Landesparteitagen teil und treibt mit Anträgen die inhaltliche Positionierung im Gesundheitsbereich voran.

Zur Landtagswahl haben wir mit Argu-Cards die Kandidierenden und Wahlkämpfer:innen unterstützt, um gesundheitspolitisches Know-How an die Hand zu geben.

Die Mitglieder des ASG-Landesvorstands vertreten auch ihre Regionen. Sie unterstützen als Ansprechpersonen die örtliche Arbeit der SPD durch fachliche Zuarbeit und vermitteln für gesundheitspolitisch interessierte Mitglieder den Kontakt zu bereits vorhandenen Regionalgruppen. Alle Infos dazu auf: www.asg-bawue.de/ansprechpersonen-fuer-die-kreisverbaende/

Claudia Brackmeyer
Landesvorsitzende der ASG

21. AGS – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN IN DER SPD

Die AGS ist die Plattform der Selbständigen und Unternehmer in der baden-württembergischen SPD. Unser Schwerpunkt liegt in der Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. Die Sitzungen des AGS-Landesvorstands finden monatlich statt, im Berichtszeitraum meist als Videokonferenz. In der Pandemie wurde das eingeübt und als sehr zeitsparend beibehalten. Die Teilnahme an den Sitzungen steht auch interessierten Selbständigen offen.

Die Bundes-AGS hat weiterhin Umfragen unter den Selbständigen in der SPD durchgeführt, an denen sich zahlreiche Genossinnen auch aus Baden-Württemberg beteiligt haben. In den letzten beiden Jahren waren immer noch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die wirtschaftliche Entwicklung Schwerpunkt der Diskussionen.

Der eigentlich notwendige Umbau zu erneuerbaren Energien wurde von uns unterstützt, ist aber leider an populistischen Kampagnen der Springer-Presse weitestgehend gescheitert.

Ein fester Bestandteil im Jahresprogramm der AGS Baden-Württemberg ist die Teilnahme an der Verleihung des AGS Innovationspreises am Vorabend der Bundeskonferenz. An der Bundeskonferenz 2025 nahmen aus Baden-Württemberg vier Delegierte teil. Dabei wurde Ralph Weinbrecht als Bundesvorsitzender im Amt bestätigt.

Den Bundestagswahlkampf haben die AGS-Mitglieder nach Kräften unterstützt. Mit anderen AGS-Landesverbänden stehen wir in engem Kontakt und tauschen uns regelmäßig aus. Mit den übrigen Arbeitsgemeinschaften in Baden-Württemberg arbeiten wir zusammen. Die Vorsitzenden treffen sich regelmäßig zu Gesprächen.

Auch im Landtagswahlkampf waren wir vor Ort aktiv und haben bei unserer Landesdelegiertenkonferenz im Februar 2026 mit dem lokalen Abgeordneten Boris Weirauch über die wirtschaftspolitische Positionierung der SPD in Baden-Württemberg diskutiert.

Wir wollten einen neuen Weg gehen und die Selbständigen in der SPD in Baden-Württemberg mehr in die AGS einbinden. Deshalb hatten wir für den 12.10.2024 zu einem Bar Camp zum Thema „Transformation & Mittelstand“ in Stuttgart eingeladen. Leider gab es dafür nicht genug Anmeldungen. Auch für zwei Alternativtermine konnten wir nicht genug Anmeldungen einsammeln, so dass wir dieses Format nicht durchführen konnten.

Auf verschiedenen Ebenen wurden Gespräche mit den Kammern (Handwerkskammer und IHK) geführt.

Darüber hinaus sind die AGS-Mitglieder in diversen Funktionen aktiv und wirken so in allen Bereichen der Gesellschaft (Prüfungsausschuss, Schulkonferenz Gewerbeschule, Vorsitzender eines Gewerbevereins, Bundesvorsitzender des R.K.B Solidarität 1896 (Rote Radler), Innungen und viele weitere.

Bei der Landesdelegiertenkonferenz im Februar 2026 in Mannheim kandidierte Bernd Schwinn nicht mehr als Landesvorsitzender.

Als Vorsitzender kandidierten Christian Soeder und Ulrich Hummel, den die Delegierten zum neuen Landesvorsitzenden wählten.

Stellvertreter:innen sind Batuhan Faikoglu, Angelika Thein, Katrin Troisi-Kampmann und Ralph Weinbrecht. Als Beisitzer gehören Sebastian Klassen, Rosemarie Rehberger, Christian Soeder, Jörg Sommer und Bernd Schwinn dem neuen Landesvorstand an. Bernd Schwinn wurde zum Ehrenvorsitzenden bestimmt.



v.l.n.r. Vorstand der AGS Baden-Württemberg: v.l.n.r. Jörg Sommer, Bernd Schwinn, Ulrich Hummel, Angelika Thein, Ralph Weinbrecht, Batuhan Faikoglu, Rosemarie Rehberger

Wir bringen uns aktiv in die Diskussion über die Neuaufstellung der SPD nach dem verheerenden Wahlergebnis bei der Landtagswahl ein.

Ulrich Hummel
AGS-Landesvorsitzender

22. AFB – ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG

In den vergangenen Monaten war die Arbeitsgemeinschaft für Bildung insbesondere mit dem Landtagswahlprogramm beschäftigt. Bereits vor Beginn der Arbeit der Programmkommission haben wir mit Viviane Sigg in einer Brainstorming-Sitzung gesammelt, welche Inhalte uns für das Wahlprogramm besonders wichtig sind. In mehreren weiteren Sitzungen wurden anschließend zunächst Optimierungsvorschläge erarbeitet und später konkrete Anträge beim Landesparteitag eingebracht.

Dabei haben sich insbesondere die unterschiedlichen Perspektiven innerhalb unserer Arbeitsgemeinschaft als großer Gewinn erwiesen. Wir können stets auf eine breite und fundierte Fachexpertise zurückgreifen und uns dadurch aktiv in die Gestaltung des Wahlprogramms in einem zentralen landespolitischen Themenfeld einbringen.

Im Zuge des Landtagswahlkampfes konnten wir auf Initiative unseres Vorstandsmitglieds Sebastian Camarero Garcia in Kooperation mit der Bundes-AfB eine digitale Veranstaltung ausrichten. Unter dem Titel „Ganztag. Gerecht. Gestalten.“ haben wir uns zudem mit der AfB Rheinland-Pfalz vernetzt. Als Diskussionspartner konnten Nicolas Cordes (Rheinland-Pfalz) und Viviane Sigg (Baden-Württemberg) gewonnen werden, die ihre Expertise und Erfahrungen aus den verschiedenen Ländern eingebracht haben.



Die AfB wird sich in diesem Kalenderjahr neu aufstellen. Dafür suchen wir engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Wer Lust hat, sich einzubringen und die Neuaufstellung mitzugestalten, kann sich gerne bei Viviane Sigg melden, die den Prozess koordiniert.

Julien Bender

Vorsitzender der AfB in Baden-Württemberg

23. AG MIGRATION UND VIELFALT

Der Berichtszeitraum von 2024 bis 2026 war für die AG Migration und Vielfalt durch personelle Veränderungen und eine erfolgreiche inhaltliche Arbeit geprägt. Ein wichtiger Einschnitt war der Rücktritt unseres bisherigen Vorsitzenden, An Tang. Wir danken ihm herzlich für seine langjährige Arbeit und seinen Einsatz für die Arbeitsgemeinschaft in den vergangenen Jahren. Sein Engagement hat die AG maßgeblich geprägt und eine stabile Basis für die kommenden Aufgaben geschaffen.

Auf der Mitgliederversammlung am 19. September 2025 in Mannheim wurde die personelle Neuausrichtung vollzogen und eine neue Doppelspitze, bestehend aus Farah Maktoul aus dem Kreisverband Rhein-Neckar und Assad Hussain aus dem Kreisverband Karlsruhe-Land, gewählt. Diese Aufteilung der Führungsverantwortung spiegelt die gewachsene Breite unserer Themen wider. Neben den Wahlen stand die inhaltliche Arbeit im Fokus, wobei zwei umfangreiche Anträge beschlossen wurden. Hierzu gehörte ein Antrag zu integrativer Wirtschaftspolitik sowie ein weiterer Antrag zur Situation migrantischer Mütter. Letzterer befasst sich mit der Tatsache, dass diese Gruppe in Deutschland eine der am häufigsten und am stärksten von Armut gefährdeten Bevölkerungsgruppen darstellt. Der Antrag definierte den Startschuss für die dazugehörige Social Media Kampagne unter dem Motto #DankeMama, was gleichzeitig ein neues Corporate Design in Form einer deutlichen Modernisierung des öffentlichen Auftrittes beinhaltete.



v.l.n.r. Assad Hussain, An Tang, Farah Maktoul

Die Präsenz der AG setzte sich auf dem Landesparteitag 2025 fort, wo wir mit vielen starken Kandidaturen zu den Gremienwahlen antraten. Insgesamt stellte die AG drei Anträge: die beiden bereits auf der Mitgliederversammlung beschlossenen Papiere sowie einen Initiativantrag

zur Positionierung gegen die Aussagen von Friedrich Merz zum Stadtbild. Es ist ein großer Erfolg, dass alle unsere Anträge entweder direkt angenommen oder konstruktiv in die allgemeine Beschlusslage eingearbeitet wurden.

Zusätzlich zur inhaltlichen Arbeit war die AG im Wahlkampf sehr aktiv und unterstützte verschiedene Kandidierende sowohl vor Ort als auch über Social Media. Unsere Öffentlichkeitsarbeit wurde in diesem Zeitraum signifikant intensiviert, was durch eine Verstärkte Presse- und Social-Media-Präsenz zu einer deutlich höheren Reichweite führte. Für den kommenden Bundeskongress ist die AG mit einer vollen Delegation und starken Kandidaturen bestens aufgestellt. Wir knüpfen dabei an unsere zentrale Forderung nach mehr Plätzen für migrantische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in allen Parteigremien an. Auch im Jahr 2026 bleibt es unser Kernanliegen, rassistische Narrative zu bekämpfen und eine empathische Migrationspolitik innerhalb und außerhalb der SPD voranzutreiben.

Farah Maktoul und Assad Hussain

Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt



24. AG QUEER

In den vergangenen beiden Jahren stand weiterhin der Kampf gegen Rückschritte, getrieben vor allem durch Rechte Bewegungen, im Vordergrund des Wirkens der AG und der gesamten queeren Community. Das zeigte sich etwa an den Slogans der SPDqueer zu den CSD-Demonstrationen. 2024 war es „Queere Rebellion – Stolz gegen Rechts“, 2025 „Unbeugsam Queer, Vielfalt verteidigen – Stolz gegen Rechts“ und 2026 wird es „Zusammen Vielfalt verteidigen“ sein. Wir spüren, wie stark der Gegenwind wird und vor allem, dass unsere erkämpften Rechte keineswegs selbstverständlich sind. Dies geht bis hinein in die Politik in Bund und Land: auf Bundesebene wird das Selbstbestimmungsgesetz „evaluiert“ – wobei klar ist, dass es der CDU/CSU schon immer ein Dorn im Auge war und sie es am liebsten direkt wieder abgeschafft hätten. Auf Landesebene sorgte eine Verordnung des Innenministers für Verstimmung. Laut dieser sollen, anlasslos, frühere Namen und Geschlechtseinträge von Personen an die Polizei gemeldet werden. Mit der Befürchtung, dass diese zudem dauerhaft gespeichert werden. Die Community fürchtet, zurecht, das Wiederaufleben von „Rosa Listen“. Nicht auszudenken, wozu diese Listen dienen können, wenn die Demokratiefeinde an die Macht kämen.

Im Jahr 2025 stellten wir ein neues queerpolitisches Positionspapier fertig. Viele Teile dieses Papiers fanden ihren Weg in das Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl. Die Wahlprüfsteine des LSVD* Baden-Württemberg haben uns gezeigt, dass die SPD das queerpolitisch beste Programm aller Parteien hatte. Zusammen mit dem Beschluss des Landtags aus dem Jahr 2022, Baden-Württemberg zum LSBTIQA+ Freiheitsraum zu erklären, der auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion zurückging, zeigte sich, dass die SPD an der Spitze der Queerpolitik steht. Wir danken Florian Wahl, der als queerpolitischer Sprecher der Fraktion in den vergangenen fünf Jahren Unglaubliches leistete. Seine starke Stimme in der Fraktion wird uns, der Fraktion und der Community fehlen.

In den beiden vergangenen Jahren traf sich der Landesvorstand weiterhin monatlich zu einer digitalen Sitzung. Im März 2026 fanden die Neuwahlen des Landesvorstands statt. Es wurden gewählt: Christian Gaus als Landesvorsitzender sowie Sascha Brüning, Claire Eschemann, Désirée Grözinger, Markus Dosch, Julius Siebert und Philippa Stolle. Julius Siebert vertritt zudem Baden-Württemberg im Bundesvorstand.

Christian Gaus
Landesvorsitzender der AG Queer

25. SGK – SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK

Die SGK ist der Zusammenschluss der kommunalen Mandatsträger*innen in der SPD. Gemeinsam arbeiten wir daran, das Leben vor Ort zu gestalten und dir konkrete Hilfestellungen für deine kommunalpolitische Arbeit zu geben.

Der SGK-Landesvorstand mit unserem Landesvorsitzenden Florian Kling, Oberbürgermeister der Stadt Calw, vereint haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen aus Kommunen unterschiedlicher Größe. Unsere Vorstandsmitglieder sind in Gemeinderäten, Kreistagen und Regionalverbandsversammlungen aktiv oder beruflich im kommunalen Umfeld tätig, etwa bei kommunalen Spitzenverbänden wie dem Städte- oder Landkreistag. So bündeln wir eine breite Expertise bei kommunalen Fragestellungen und stellen sie unseren Mitgliedern zur Verfügung.

Veranstaltungen

Bei unserer Landesdelegiertenkonferenz im September 2025 in Freiberg am Neckar haben wir die organisationspolitische Diskussion der letzten Jahre abgeschlossen und als wesentliche Neuerung das Delegiertenprinzip abgeschafft. Nun hat bei allen Entscheidungen und bei der Wahl des Landesvorstands jedes Mitglied eine Stimme.

Wir denken heute schon an die nächsten Kommunalwahlen. Ende April haben wir gemeinsam mit den Jusos Baden-Württemberg beim „Kommunalgipfel“ in Heilbronn die Vorbereitung auf die Wahlen im Frühsommer 2029 gestartet. Ziel der Veranstaltung war es, dass jüngere und ältere Kommunalos sowie alle, die es werden wollen, voneinander profitieren. Das hat sehr gut funktioniert, deshalb wollen wir weitere Veranstaltungen dieser Art in verschiedenen Regionen des Landes anbieten.

Ebenso greifen wir den Wunsch auf, Angebote wieder stärker in Präsenz und dezentral anzubieten. Daher starten wir im Sommer mit Vor-Ort-Terminen unter dem Motto „Ich zeig dir meine Stadt/mein Dorf“. Wenn du vor Ort ein spannendes Projekt hast, zu dem es etwas zu erzählen gibt und das man besichtigen kann, melde dich gerne. Vielleicht sind wir schon bald bei dir zu Gast.



Florian Kling, SGK-Landesvorsitzender und Oberbürgermeister von Calw, im Gespräch

Werde Mitglied in der SGK

Als Kommunalpolitiker:in in der SPD profitierst du von unserem starken Netzwerk und unseren Angeboten. Deshalb möchten wir dich einladen, Mitglied in der SGK Baden-Württemberg zu werden, falls du es nicht schon bist.

Gemeinsam geht vieles besser. Durch unser Netzwerk erarbeiten wir praktische Lösungen und fördern den Austausch von Best-Practice-Beispielen, von denen auch du und deine Fraktion profitieren können.

Unsere Mitglieder kämpfen nie allein. Mit Arbeitshilfen, Workshops, Konferenzen, Vernetzungsangeboten, einem Newsletter und unserer WhatsApp-Kommunal-Hotline für dringende kommunale Fragen bieten wir dir schnelle und professionelle Unterstützung. Digitale Formate machen deine Teilnahme unkompliziert und ohne großen Aufwand möglich.

Die SGK Baden-Württemberg bietet dir eine Plattform, auf der du dich engagieren und deine Ideen einbringen kannst, von der du aber auch selbst in hohem Maße profitierst. Tritt uns bei und werde Teil unseres Netzwerks für starke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg und darüber hinaus.

Weitere Informationen gibt es auf unserer Homepage unter www.sgk-bw.de. Dort findest du auch unser aktuelles Veranstaltungsprogramm.

Und sonst so?

Geeignete Kandidierende für Bürgermeisterwahlen zu finden, bleibt eine ebenso herausfordernde wie wichtige Aufgabe. Wir haben deshalb das Programm „Rote Rathäuser“ erarbeitet, das seit 2022 vom SPD-Landesverband in allen vier Regierungsbezirken umgesetzt wird. Mit Benjamin Christian aus der SPD-Landesgeschäftsstelle arbeiten wir bei diesem und weiteren Themen sehr gut und sehr gerne zusammen. Dafür bedanken wir uns an dieser Stelle herzlich.

Im Vorstand der Bundes-SGK sind wir seit der Bundeskonferenz im Frühjahr 2026 mit Bürgermeister Pascal Wasow aus Epfenbach und Stadträtin Lucia Schanbacher aus Stuttgart sehr gut vertreten. Darüber hinaus arbeiten wir in inhaltlichen Kommissionen der Bundes-SGK mit.

Unsere Geschäftsstelle befindet sich im SPD-Regionalzentrum Heilbronn. Dort erreichst du unseren Mitarbeiter Norbert Wagner unter info@sgk-bw.de oder telefonisch zu den Öffnungszeiten unter 07131 783625.



Pascal Wasow, Bürgermeister von Epfenbach, auf der SGK-Bundeskonferenz

Mitgliederversammlung im September in Ellwangen

Wenn du uns und unsere Arbeit kennenlernen möchtest, melde dich gerne zu unserer nächsten Mitgliederversammlung am 26. September in Ellwangen an. Neben spannenden kommunalpolitischen Inhalten erwarten dich unser großes Netzwerk und ein interessanter Tag auf der Ostalb. In diesem Rahmen werden wir auch die Landesgartenschau Ellwangen besuchen.

Die Teilnahme ist auch für interessierte Nicht-Mitglieder möglich. Weitere Informationen und das vorläufige Programm findest du auf unserer Homepage.

Tanja Sagasser-Beil
SGK-Landesgeschäftsführerin



SGK-Landeskonferenz 2025 in Freiberg am Neckar



Baden-württembergische Delegation bei der SGK-Bundeskonferenz 2026



Traditionelles SGK-Wanderwochenende

26. SPORTBEIRAT

Austausch und Meinung zur Sportpolitik in der Haltung einer Volkspartei

In den Berichtsjahren hat der Sportbeirat der SPD Baden-Württemberg weiterhin das Netzwerk von im Sport engagierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufrechterhalten, inhaltliche Debatten geführt und Impulse in die Bundestags- wie Landtagsfraktion gegeben. Er hat dazu zweimal in Stuttgart getagt und hat an seine Mitglieder darüber hinaus Sachinformationen und Termine versandt. Der Beirat wird von Peter Hofelich, Staatssekretär a.D. und dem bisherigen sportpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Klaus Ranger, MdL, geleitet. Er umfasst einen Verteiler von ca. 60 Personen. Zu den Sitzungen erscheinen jeweils 10-15 Mitglieder. Der Beirat wird von Martin Glaser aus der Landesgeschäftsstelle dabei sehr gut unterstützt.

Bei seinen Treffen hat sich der Sportbeirat mit dem Solidarpakt V des Landes Baden-Württemberg auseinandergesetzt. Ab dem Jahr 2027 werden die jährlichen Mittel an den Sport im Lande um 16 Mio. Euro auf ca. 120 Mio. Euro erhöht. Dabei spielen ‚nicht-investive Mittel‘, wie etwa für Personal und Schulung, eine Rolle. Die SPD hat die grün-schwarze Landesregierung zu dieser Mittelerhöhung nachdrücklich aufgefordert und sieht sich, trotz sicher größeren Bedarfs, im erzielten Fortschritt bestätigt. Ebenso wurden die Zusatzmittel des Bundes für den Sport mehrfach besprochen (u.a. ‚Sport-Milliarde‘). Dank geht an Martin Gerster, MdB, aus dem Haushaltsausschuss, welcher hier mehrfach für direkte Informationen an die Beirats-Mitglieder – und damit die Multiplikatoren in den organisierten Sport – zur Verfügung stand. Wir sind dem Bund dankbar für die zusätzlichen Mittel, auch wenn bei weitem nicht alle Bedarfe und Wünsche im Land erfüllt werden konnten. Ein weiterhin drängendes Thema bleibt die Ertüchtigung von Schwimmbädern, welche dringend weitere Anschlussfinanzierungen benötigt.

Ein wichtiger Besprechungspunkt waren auch die Vorgänge am Turn-Leistungszentrum in Stuttgart, welche Missbrauchsvorwürfe zum öffentlich breit diskutierten Hauptgegenstand hatten. Der Sportbeirat widmete dem eine sorgfältige interne, damit auch abgewogene wie klare Diskussion, welche von den Kenntnissen dafür besonders geeigneter Personen profitierte. Klar war, dass im Sport und im Recht zu den Vorwürfen zunächst Klärungen herbeizuführen sind.

Der Beirat widmete sich auch den Herausforderungen für Baden-Württemberg als ‚Spitzen-sport-Land‘. Dieses beginnt bei der passenden Förderung junger Talente und geht bis zur besseren Vorhaltung von international konkurrenzfähigen Sportstätten. Der Sportbeirat sprach sich dabei für eine Infrastruktur im Lande aus, die den drei Grundsportarten Leichtathletik, Turnen und Schwimmen gute Plattformen gibt, wie auch dann einer Auffächerung von weiteren Sportarten gerecht wird. Ein Gespräch mit dem Geschäftsführer von in Stuttgart bot dazu auch Gelegenheit für vertiefte Einblicke zum Beispiel in die Zukunft der Schleyer-Halle und anderem.

Der Sportbeirat gedachte auch seines 2024 verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Dr. Gerhard Lang, langjähriger Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart. Er war in die-

ser Aufgabe auch für den Sport zuständig und setzte große Akzente. Dazu gehören die erstmalige Ausrichtung des DTB-Pokals, die German Masters, die Straßenrad-Weltmeisterschaften, das Tennis Davis Cup-Finale, die Leichtathletik- Europa- und später Weltmeisterschaften, die Spiele von Europa- und Weltmeisterschaft im Fußball. Er war in besonderem Maße bescheiden, erfolgreich, wirksam, honorig und freundschaftlich, beschreibt ihn Peter Hofelich in Dankbarkeit.

Peter Hofelich und Klaus Ranger
Vorsitzende des Sportbeirats



27. AK CHRIST:INNEN DER SPD

Im November 2024 trafen die Mitglieder des AKC in Stuttgart zusammen und wählten den Leitungskreis: Anja Wilhelmi-Rapp für Nordbaden, Hans-Ulrich Probst für Südwürttemberg, Thomas Reusch-Frey für Nordwürttemberg und Gabi Rolland MdL für Südbaden.

Der Newsletter zu Ostern, Erntedank und Weihnachten mit jeweils einem geistlichen Impuls und sieben Fragen an eine sozialdemokratische Persönlichkeit sowie den zu erwartenden Veranstaltungen und Termine wurde zusammengestellt und veröffentlicht.

Mit der Blumhardt-Sozietät fand eine Veranstaltung im Landtag von Baden-Württemberg statt zum Thema Religionsunterricht. Die Zusammenarbeit soll auch zukünftig fortgeführt werden. In einem Zweijahresrhythmus sind Veranstaltungen im Landtag geplant.

Eine sehr interessante Veranstaltung gemeinsam mit der Evangelischen Kirche Freiburg und dem Evangelischen Montessori-Schulhaus wurde am 22. Mai 2025 durchgeführt. „Suche den Frieden und jage ihm nach“ war der Titel unter dem Prof. Dr. Christoph Schneider-Harpprecht, Oberkirchenrat i.R., Sascha Zierold, Oberst im Generalstab, Dr. Olga Burkhardt-Vetter, Friedens- und Konfliktforscherin und Gabi Rolland, SPD-Landtagsabgeordnete und Mitglied des AKC-Leitungskreises miteinander diskutierten. Zwei sehr gut vorbereitete Moderationsteams aus Schülerinnen und Schülern der Oberstufe des Montessori-Schulhauses richteten an die Diskussionsrunde Fragen zu den Themenblöcken: 1) Was ist für sie Frieden? 2) Wiedereinführung der Wehrpflicht? 3) Der Israel-Palästina-Konflikt 4) Gibt es für ihn Lösungsansätze?

Die Diskutierenden legten bei allen Fragen ihre persönlichen Ansichten dar. Das Ergebnis war eine kontroverse, aber stets sehr sachliche Diskussion, die das zahlreiche Publikum zum Nachdenken anregte. Eine sehr gelungene Veranstaltung!

Am 9. Februar 2026 trafen die Mitglieder des AKC in Stuttgart zusammen und diskutierten mit Prof. Thorsten Dietz zum Thema „Christlicher Nationalismus und Evangelikalismus.“ Ein sehr informativer Vormittag.

Anschließend wurde von den Anwesenden der Leitungskreis neu gewählt. Thomas Reusch-Frey und Gabi Rolland stellten ihre Funktionen zur Verfügung. Es konnte eine deutliche Verjüngung des Leitungskreises erreicht werden mit Jacob Hass, Pascal Conzelmann für Südbaden und Martin Wenger für Nordwürttemberg.

Insgesamt trat der Leitungskreis mehrfach in der Regel digital zusammen, um die Veranstaltungen sowie die Newsletter vorzubereiten.

Leitungskreis: Anja Wilhelmi-Rapp, Hans-Ulrich Probst, Pascal Conzelmann, Jacob Hass, Martin Wenger.

Kooptierte Mitglieder: Daniel Born MdL bis Juli 2025, Dr. Lars Castellucci MdB (Mitglied im Bundesvorstand AKC)

28. AK SÄKULARITÄT UND HUMANISMUS

Vor nunmehr zwei Jahren wurde der Arbeitskreis Säkularität und Humanismus auf Landesebene durch den Landesvorstand eingesetzt. Auf Bundesebene arbeitet dieser AK nun bereits seit vier Jahren.

Wir bündeln die Interessen der Konfessionsfreien in der SPD und vertreten diese nach innen und außen. Wir greifen die fortschreitende Säkularisierung in unserem Land thematisch auf und pflegen zugleich die große Tradition der SPD als Partei der Aufklärung und des Humanismus.

Viele Themenbereiche berühren Fragen von Weltanschauung, Menschenbild und Grundwerten. Ob Schwangerschaftsabbruch, das Selbstbestimmungsrecht am Lebensende, der Umgang mit Menschen anderer Weltanschauung, sexueller Orientierung, hier wollen wir Haltungen in den politischen Diskurs einbringen, die nicht auf religiösen Überzeugungen, sondern allein auf Wissenschaft, Humanismus und demokratischem Diskurs beruhen. Auch Fragen wie das Verhältnis von Staat und Religion sowie Staat und Kirche sprechen wir aus dieser Perspektive an, da wir das weltanschauliche Neutralitätsgebot des Staates an vielen Stellen nicht verwirklicht sehen.

In einer Reihe von Präsenz- und Online-Treffen haben wir bisher die folgenden Themen aufgegriffen: Unter der Fragestellung: „Getrennter Religionsunterricht mit Verkündigungscharakter oder zeitgemäßer Ethik- und Religionskundeunterricht für alle“ widmeten wir uns im November 2024 gemeinsam mit den Humanisten Baden-Württemberg (KdöR) in deren Domizil in der Mörikestraße in Stuttgart dem aktuellen Stand des Angebotes an Ethikunterricht im Land, der noch immer trotz der großen weltanschaulichen Vielfalt nur in wenigen Jahrgangsstufen und Schularten angeboten wird. Das steht in einem deutlichen Missverhältnis zum omnipräsenten Religionsunterricht, da inzwischen nur noch eine (in manchen Regionen) kleine Minderheit der Schülerinnen und Schüler der katholischen oder evangelischen Kirche angehört.

Als Referent:innen gaben Dr. Inga Tappe (Philosophiedozentin und Ethiklehrerin, sowie Werner Koch von den Humanisten Baden-Württemberg einleitende Statements ab.

Im Juni 2025 konnte Dr. Thorben Kösters für einen Vortrag in Stuttgart gewonnen werden: „Pluralismus oder Religionslobbyismus?“. Mit einem Plädoyer, mehr Säkularität und Humanismus in Bildung, Ethik und Rundfunk zu wagen, stellte Kösters die derzeitige Schieflage in diesen Bereichen dar, in krassem Widerspruch zur heutigen Gesellschaft und dem Spektrum Weltanschauungen steht.

Im Dezember 2025 war die Veranstaltung zum „Politischen Islam“ ein Highlight. Mit einem ebenso interessanten wie aufwühlenden Vortrag berichtete Zeinab Herz vom AK POLIS (AK Politischer Islam) von ihrem Bruch mit dem muslimischen Glauben und den Folgen, den das für sie und ihr Leben hat. Sie führte aus, wie der fundamentalistische Islam mehr und mehr Einfluss auf die Politik nimmt und worin die Arbeit des bundesweit tätigen AK POLIS besteht.

Neue Erkenntnisse brachte auch die Veranstaltung „Vergelt’s Gott - kirchliches Arbeitsrecht“ im Februar 2026 in Stuttgart. Martin Nestele, Stellv. AGMAV-Vorsitzender im Diakonischen Werk BW und Martin Schommer, Referent für Tarifpolitik der GEW berichteten aus ihrer Arbeit mit den kirchlichen Wohlfahrtswerken und Diensten. Das Sonderarbeitsrecht macht nach wie vor aus den Beschäftigten der Kirchen und ihrer Werke Arbeitnehmer zweiter Klasse, was die Arbeitsrechte, Mitbestimmungsrechte, das Selbstbestimmungsrecht im Privatleben und das Tarifrecht betrifft. Eine Streichung der entsprechenden gesetzlichen Ausnahmen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz wäre aus Sicht des AKSH längst überfällig.

Interessierte können sich gern bei uns melden, um in den Einladungs- und Infoverteiler aufgenommen zu werden: opitzleifheit@gmx.de

Unser Sprecher:innenkreis:

Rita Haller-Haid, Adrian Gillmann, Nils Opitz-Leifheit, Gert Unger

29. FORUM EINE WELT

Das Forum Eine Welt (FEW) ist der Ort in unserer Partei für alle, die sich für globale Solidarität, internationale Verantwortung und eine gerechte Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden engagieren möchten.

Hier kommen Genoss:innen, entwicklungs-politisch Engagierte und Interessierte zusammen, um sich auszutauschen, zu diskutieren und gemeinsam politische Impulse zu entwickeln.

Bewusst sprechen wir von „globaler Verantwortung und Solidarität“ statt nur von „Entwicklungspolitik“ – denn partnerschaftliches Handeln auf Augenhöhe beginnt bereits bei der Sprache.

Sichtbar, vernetzt und engagiert

Im Berichtszeitraum konnten erneut einige eigene Veranstaltungen durchgeführt werden. Darüber hinaus pflegte der Sprecher des FEW, Sebastian Cuny, in seiner Funktion als entwicklungs-politischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion intensive Kontakte zu zentralen Akteur:innen der Eine-Welt-Arbeit im Land. Dazu gehörten unter anderem:

- die **Herbstkonferenzen** des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB),
- die **Fachmesse „Fair Handeln“** der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ),
- sowie zahlreiche Veranstaltungen von **Eine-Welt-Läden** im Land.

Diese Präsenz sorgte für eine starke Sicht-barkeit der SPD innerhalb der „Eine-Welt-Community“ und spiegelte sich im Interesse an den Veranstaltungen des FEW wider. **Schwerpunkte unserer Veranstaltungen**

Die Veranstaltungen fanden sowohl digital als auch in Präsenz statt und beschäftigten sich mit aktuellen Fragen globaler Gerechtigkeit und internationaler Zusammenarbeit:

- **40 Jahre Landespartnerschaft mit Burundi**
- **Die Bedeutung der Raumfahrt für Entwicklungszusammenarbeit** mit Kevin Leiser MdB
- **Ressourcengerechtigkeit und faire Beschaffung** mit Felix Roll, Eine-Welt-Fachpromotor für nachhaltige Beschaffung, Werkstatt Ökonomie e. V.
- **Klimagerechtigkeit und kommunales Handeln** mit Clara Schweizer und Gina Pirro von der Klima Taskforce Nürtingen

Vorstand bestätigt und neu gewählt

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung im Juli 2024 wurde Sebastian Cuny als Landes-sprecher des Forums Eine Welt bestätigt. Als Stellvertreter:in wurden Derya Türk-Nachbaur MdB und Saliou Gueye gewählt.

Gemeinsam mehr bewegen

Das Forum Eine Welt lebt vom Engagement seiner Mitglieder und Interessierten. Wer globale Verantwortung nicht nur diskutieren, sondern aktiv mitgestalten möchte, ist herzlich eingeladen, sich einzubringen – mit Ideen, Expertise und Leidenschaft für internationale Solidarität.

Sebastian Cuny
Landessprecher Forum Eine Welt

Kontakt: anliegen@sebastian-cuny.de

30. FORUM ENERGIE UND UMWELT

Gabi Rolland MdL, Prof. Willfried Nobel, Lina Seitzl MdB, Ariane Bergerhoff und Viviane Sigg fanden sich im Sommer 2022 zur Neugründung des Umweltforums zusammenfanden, um Umwelt- und Naturschutz bei der SPD BW wieder sichtbarer machen.

Mit Prof.in Alexandra Maria Klein hatten wir eine Veranstaltung zum Thema „Insektensterben – Ist der Abwärtstrend gestoppt?“. Die ernüchternde Auskunft war, dass zwar einige gute Maßnahmen in die Wege geleitet wurden, das Ergebnis aber noch nicht wirklich messbar ist.

Gemeinsam mit dem Sprecher für Ländlicher Raum, Jonas Weber, haben wir die Viti-PV-Anlage des Staatsweingutes Freiburg in Ihringen besichtigt. Dabei wurden uns die Vorzüge solcher Anlagen für den Weinbau erläutert, aber auch die Schwierigkeiten in der Umsetzung, insbesondere die administrativen Hemmnisse.

Die Veranstaltung mit René Repasi, SPD-Europaabgeordneter zum Thema „Zwischen Wachstum und Klimaschutz: Wohin steuert die EU?“ musste leider wegen aktueller Situation im Europäischen Parlament abgesagt werden.

Sehr aktuell war die gemeinsame Veranstaltung mit der SGK BW zum Thema „Verpackungssteuer in Kommunen: Erfolgsmodell oder Irrweg?“. Hierbei konnten Erfahrungen zwischen Kommunalpolitiker:innen ausgetauscht werden aber auch über die rechtlichen Möglichkeiten seitens des Bundes und des Landes gesprochen werden.

Mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Klima, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Rita Schwarzellühr-Sutter haben wir die „Neue Handschrift, neue Chancen – Umweltpolitik auf Bundesebene“ erörtert.

Über das Interesse an unseren Veranstaltungen und den lebendigen Austausch freuen wir uns.

Weitere Informationen unter www.umweltforum-spd-bw.de.

In diesem Jahr steht die Organisationsgruppe vor einer Neuorientierung. Wir freuen uns, dass wir mit Ulrich Batterfeld einen renommierten Umweltpolitiker gewinnen konnten, der uns zur Seite steht.

Gabi Rolland

31. HISTORISCHE KOMMISSION

In der Historischen Kommission der SPD Baden-Württemberg sollte sich parteigeschichtliche Expertise aus allen Teilen des Südweststaats vereinen. Herzstück dieser Struktur sollten sich selbst organisierende Projektgruppen sein, deren Arbeit in einer Lenkungsgruppe zusammengeführt und koordiniert wird.

Ziele und Aufgaben

Die Historische Kommission des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, die Erinnerung an das reiche historische Erbe der südwestdeutschen Sozialdemokratie sowie an das erfolgreiche Wirken ihrer Vertreter/innen in unserem Land wachzuhalten. Hieraus ergeben sich im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Sammlung und Bewahrung von Zeugnissen der Geschichte der Südwest-SPD
- Anregung und Begleitung historiografischer Forschungen und Tagungen
- Anregung und Unterstützung von Gedenkveranstaltungen
- Eigene Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit
- Aufbau und Pflege eines internen und externen Netzwerks
- Kritische Begleitung und ggf. Initiierung geschichtspolitischer Debatten
- Unterstützung und ggf. Initiierung gedenkpolitischer Initiativen
- Historiografisches Serviceangebot für lokale und regionale Parteigliederungen

Arbeit der Historischen Kommission

- Im Fokus standen daher in den letzten 2 Jahren die Sichtung und Sicherung von Akten und historischen Materialien in der Landesgeschäftsstelle und die Weitergabe an die Friedrich- Ebert- Stiftung und an das Staatsarchiv in Stuttgart.
- Des Weiteren wurden bei Anfragen von Studierenden deren Recherchen unterstützt
- Eine Rollup-Wanderausstellung zur 150 Jahr-Feier der SPD wurde auch in den letzten 2 Jahre noch an 4 Gliederungen verliehen.
- Das Sekretariat bildete bisher Vasilios Papayannis (RZ Stuttgart) und den Kontakt zum Landesvorstand stellte Karl-Ulrich Templ her.

Ausblick

Nach wie vor besteht ein großer Bedarf in den Gliederungen an Unterstützung bei der Behandlung der Parteigeschichte und zwar in folgenden Bereichen:

- Unterstützung bei regionalspezifischen Themen der Parteiarbeit (Vorträge, Forschung)
- Unterstützung bei der Archivierung der relevanten Parteidokumente (Die Erfassung und sachgerechte Archivierung der lokalen und regionalen Akten kann durch die Friedrich- Ebert- Stiftung und das Staatsarchiv in Stuttgart nicht geleistet werden).
- Unterstützung bei der Arbeit mit Zeitzeugen aus der Partei

32. MITGLIEDERSTAND

	Mitglieder 30.04.2026
SPD-RZ Aalen	1.704
SPD-Kreisverband Heidenheim	334
SPD-Kreisverband Hohenlohe	189
SPD-Kreisverband Ostalb	749
SPD-Kreisverband Schwäbisch Hall	432
SPD-RZ Heilbronn	2.098
SPD-Kreisverb. Neckar Odenwald	524
SPD-Kreisverband Heilbronn	945
SPD-Kreisverband Heilbronn ST.	372
SPD-Kreisverband Main Tauber	257
SPD-RZ Biberach	1.977
SPD-Kreisverband Alb-Donau	250
SPD-Kreisverband Biberach	292
SPD-Kreisverband Bodensee	492
SPD-Kreisverband Ravensburg	448
SPD-Kreisverband Sigmaringen	165
SPD-Kreisverband Ulm	330
SPD-RZ Freiburg	5.966
SPD-Kreisverband Breisgau-Hochschw.	752
SPD-Kreisverband Emmendingen	603
SPD-Kreisverband Freiburg	882
SPD-Kreisverband Konstanz	710
SPD-Kreisverband Lörrach	713
SPD-Kreisverband Ortenau	1.011
SPD-Kreisverband Rottweil	291
SPD-Kreisver. Schwarzwald-Baar	443
SPD-Kreisverband Tuttlingen	184
SPD-Kreisverband Waldshut	377
SPD-RZ Karlsruhe	4.497
SPD-Kreisverband Karlsruhe Land	1.397
SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt	1.063

SPD-Kreisverband Rastatt/Baden-Baden	772
SPD-Kreisverband Calw	350
SPD-Kreisverband Enzkreis/Pforzheim	660
SPD-Kreisverband Freudenstadt	255
SPD-RZ Rhein-Neckar	4.658
SPD-Kreisverband Heidelberg	882
SPD-Kreisverband Mannheim	1.362
SPD-Kreisverband Rhein-Neckar	2.414
SPD-RZ Stuttgart	8.636
SPD-Kreisverband Böblingen	932
SPD-Kreisverband Esslingen	1.428
SPD-Kreisverband Göppingen	606
SPD-Kreisverband Ludwigsburg	1.324
SPD-Kreisverband Rems-Murr	1.000
SPD-Kreisverband Reutlingen	511
SPD-Kreisverband Stuttgart	1.683
SPD-Kreisverband Tübingen	845
SPD-Kreisverband Zollernalb	307
Gesamt	29.536

33. DURCHSCHNITTSBEITRÄGE

Durchschnittsbeiträge Kreisverbände (Zahlen in Euro)					
	Kreisverband	Durchschnittsbeitrag	Durchschnittsbeitrag	Durchschnittsbeitrag	Differenz
		30.04.2024	30.04.2025	30.04.2026	2025-2026
100	Baden-Württemberg	12,88	13,60	14,39	0,79
110	Alb-Donau	12,15	13,05	13,70	0,65
130	Biberach	12,60	13,36	14,45	1,09
140	Bodensee	12,53	13,11	14,18	1,07
150	Böblingen	14,26	15,05	15,45	0,40
160	Breisgau-Hochschw.	11,80	12,35	13,23	0,88
170	Calw	13,21	14,40	14,77	0,37
180	Emmendingen	12,13	12,66	14,09	1,43
190	Enzkreis/Pforzheim	13,00	13,51	14,70	1,19
210	Esslingen	14,84	15,47	16,63	1,16
220	Freiburg	13,36	14,26	15,33	1,07
230	Freudenstadt	17,35	16,73	16,95	0,22
240	Göppingen	12,75	13,48	13,88	0,40
250	Heidelberg	12,79	13,83	14,64	0,81
260	Heidenheim	12,85	12,88	14,19	1,31
270	Heilbronn-Stadt	14,36	15,48	16,30	0,82
280	Heilbronn-Land	12,23	12,96	13,67	0,71
290	Hohenlohe	14,53	15,47	15,71	0,24
300	Karlsruhe-Stadt	14,22	15,37	16,15	0,78
310	Karlsruhe-Land	11,64	11,84	13,04	1,20
330	Konstanz	11,80	12,49	13,17	0,68
340	Lörrach	12,85	14,15	14,41	0,26
360	Ludwigsburg	13,28	14,31	15,30	0,99
370	Main-Tauber	11,10	11,50	11,72	0,22
380	Mannheim	12,44	13,27	14,45	1,18
390	Neckar-Odenwald	9,33	9,75	10,29	0,54
400	Ortenau	12,55	12,97	13,84	0,87
410	Ostalb	12,30	12,92	13,41	0,49
430	Rastatt/Baden-Baden	12,57	13,03	13,39	0,36
440	Ravensburg	12,38	13,11	12,99	-0,12
450	Rems-Murr	13,52	14,30	15,49	1,19
470	Reutlingen	13,51	14,37	14,40	0,03
480	Rhein-Neckar	11,64	12,31	12,81	0,50
490	Rottweil	11,46	12,42	13,20	0,78
500	Schwäbisch Hall	14,46	15,31	14,96	-0,35
510	Schwarzwald-Baar	11,32	11,75	11,78	0,03
520	Sigmaringen	11,63	11,72	12,86	1,14
530	Stuttgart	14,87	15,52	16,54	1,02
550	Tübingen	14,62	15,01	16,07	1,06

560	Tuttlingen	10,01	11,40	11,35	-0,05
570	Ulm	15,18	17,53	17,66	0,13
590	Waldshut	11,04	11,68	13,23	1,55
600	Zollernalb	10,91	11,01	11,90	0,89

34. TERMINKALENDER

2024

NOVEMBER 2024

Samstag	16.11.		Ordentlicher Landesparteitag, Offenburg
Freitag	29.11.	14:30 Uhr	Treffen der Landesspitze (digital)
Samstag	30.11.	10:30 Uhr	Konstituierende Sitzung Landesvorstand, Stuttgart

DEZEMBER 2024

Samstag	14.12.		Gremien im Vorfeld des Landesparteitags in Schwäbisch Gmünd
Sonntag	15.12.		Landesparteitag, Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl in Schwäbisch Gmünd

2025

JANUAR 2025

Samstag	11.01.		Bundesparteitag, Listenaufstellung Bundestag, Berlin
---------	--------	--	--

FEBRUAR 2025

<i>Sonntag</i>	<i>23.02.</i>		<i>Bundestagswahl</i>
Sonntag	23.02	16:30 Uhr	Präsidium zur Bundestagswahl (digital)
Montag	24.02	16:30 Uhr	Landesvorstand zur Bundestagswahl (digital)

MÄRZ 2025

Mittwoch	05.03.		Politischer Aschermittwoch, Ludwigsburg
Mittwoch	05.03.	13:30 Uhr	Präsidium, Ludwigsburg
Freitag	21.03.	17:00 – 20:00 Uhr	Landesvorstandsklausur, Stuttgart

Samstag	22.03.	09:00 – 12:00 Uhr	Landesvorstandsklausur, Stuttgart
Samstag	22.03.	13:00 – 16:00 Uhr	Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart

APRIL 2025

Dienstag	25.04.	10:00 Uhr	Präsidium (digital)
Freitag	28.04.	20:30 Uhr	Landesvorstand (digital)

MAI 2025

Freitag	16.05.	15:00 Uhr	Landesvorstand und Kandidierenden-treffen, Stuttgart
---------	--------	-----------	--

JUNI 2025

Sonntag	22.06.	19:30 Uhr	Präsidium (digital)
Donnerstag	26.06.		Landesdelegiertenkonferenz AG60+, Renningen
Fr. – So.	27.06. - 29.06.		ordentlicher Bundesparteitag in Berlin

JULI 2025

Freitag	04.07.		Gremien im Vorfeld des Landespartei-tags in Fellbach
Samstag	05.07.		Landesparteitag - Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2026 in Fellbach
Freitag	11.07.	15:30 Uhr	Präsidium (digital)
Samstag	12.07.		Debattencamp, Stuttgart
Samstag & Sonntag	19. – 20.07.		Landesdelegiertenkonferenz Juso AG, Aalen
Samstag	26.07.	09:30 Uhr	Landesvorstand (digital)
Sonntag	27.07.	19:00 Uhr	Präsidium (digital)

SEPTEMBER 2025

Samstag	13.09.	09:30 Uhr	Präsidium (digital)
Freitag	19.09.		Landeskonferenz Migration und Vielfalt

Samstag	20.09.		Landesvorstand, Stuttgart (eingeladen waren auch: Kreisvorsitzende, den AG-Vorsitzende, sowie die Abgeordneten aus Bund, Land und Europa
Samstag	27.09		SGK Landeskonzferenz

OKTOBER 2025

Donnerstag	02.10.	18:00 Uhr	Präsidium (digital)
Samstag	11.10.		Landeskonzferenz ASG, Heilbronn
Freitag	17.10.	17:00 Uhr	Landesvorstandsklausur, Stuttgart
Samstag	18.10.	09:00 Uhr	Landesvorstandsklausur, Stuttgart
Samstag	18.10.	10:30 Uhr	Kandidierendentreffen, Stuttgart

NOVEMBER 2025

Mittwoch	12.11	19:00 Uhr	Präsidium (digital)
Freitag	14.11.		Gremien im Vorfeld des ordentlichen Landesparteitags in Ulm
Samstag	15.11.		Ordentlicher Landesparteitag in Ulm & erneute Listenaufstellung zur Landtagswahl 2026
Freitag	28.11	15:30 Uhr	Präsidium (digital)

2026**JANUAR 2026**

Freitag	09.01.		Spitzentreffen, Bad Boll
Samstag	10.01.		Wahlkampfauftritt, Böblingen
Freitag	16.01.	17:00 Uhr	Präsidium (digital)
Donnerstag	22.01.	20:30 Uhr	Präsidium (digital)
Samstag	24.01.	09:00 Uhr	Landesvorstand (digital)

FEBRUAR 2026

Montag	09.02.		Landeskonzferenz des AK Christen, Stuttgart
Mittwoch	18.02.		Politischer Aschermittwoch, Ludwigsburg
Mittwoch	18.02.	13:30 Uhr	Präsidium, Ludwigsburg
Samstag	28.02.		Landeskonzferenz AGS, Mannheim

MÄRZ 2026

<i>Sonntag</i>	08.03.		<i>Landtagswahl Baden-Württemberg</i>
Sonntag	08.03.	16:30 Uhr	Präsidium, Stuttgart
Montag	08.03.	17:15 Uhr	Präsidium, Stuttgart
Montag	09.03.	18:00 Uhr	Landesvorstand, Stuttgart
Samstag	14.03.		Landesdelegiertenkonferenz AfA, Stuttgart
Mittwoch	18.03.	17:00 Uhr	Präsidium (digital)
Freitag	20.03.	18:00 Uhr	Landesvorstand (digital)
Samstag	28.03.		Landeskonferenz SPD Queer, Mannheim

APRIL 2026

Donnerstag	14.04.	19:00 Uhr	Präsidium (digital)
Freitag	17.04.	17:00 Uhr	Landesvorstandsklausur, Stuttgart
Samstag	18.04.	09:00 Uhr	Landesvorstandsklausur, Stuttgart
Samstag	18.04.	10:30 Uhr	Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart
Samstag	25.04.		Landesdelegiertenkonferenz SPD Frauen, Tübingen

MAI 2026

Freitag	08.05.	13:00 Uhr	Präsidium (digital)
Freitag	08.05.	17:00 Uhr	Preisverleihung der Carlo-Schmid-Stiftung, Mannheimer Schloss
Samstag	09.05.		Landeskonferenz ASJ, Stuttgart
Samstag	09.05.	10:00 Uhr	Regionalkonferenz Südbaden
Samstag	09.05.	14:00 Uhr	Regionalkonferenz Südwürttemberg
Mittwoch	13.05.	18:00 Uhr	Landesvorstand (digital)
Samstag	16.05.	10:00 Uhr	Regionalkonferenz Nordwürttemberg
Samstag	16.05.	14:00 Uhr	Regionalkonferenz Nordbaden

JUNI 2026

Freitag	19.06.		Gremien im Vorfeld des ordentlichen Landesparteitags in Ulm
Freitag	19.06.		Ordentlicher Landesparteitag in Ulm
Samstag	20.06.		Ordentlicher Landesparteitag in Ulm

35. TOTENGEDENKEN

IN GEDENKEN AN UNSERE VERSTORBENEN GENOSSINEN UND GENOSSEN

Manfred Bastian	Brigitte Höllig	Oswald Prucker
Richard Becker	Manfred Hunger	Margot Queitsch
Bernhard Blank	Dr. Eberhard Irion	Hugi Rahner
Werner Blum	Heinz Michael Kaern	Rainald Rohleder
Egon Bohnmüller	Nazan Kapan	Gerhard Ruf
Rolf Diefenbach	Walter Kaupp	Michael Rux
Peter Doubeck	Adolf Klement	Hans-Jürgen Saknus
Josef Eckert	Erhard Klotz	Joachim Schicketanz
Milko Elsässer	Erika Knittel	Karlheinz Scheider
Anna Maria Elstner	Wolfgang Kraft	Gernot Schulz
Irene Eppler	Rita Krause	Hermann Senk
Wolfgang Ernst	Adolf Kunz	Jürgen Simon
Klaus Fahr	Reinhard Künzel	Karla Spagerer
Harry Falk	Wolfgang Kunzfeld	Manfred Specht
Horst Feiler	Jürgen Lang	Else Starp
Martin Gaukel	Helga Langrock	Udo Steinmetz
Helmut Göschel	Siegfried Lehr	Konstantin Technau
Ortwin Grießhaber	Norbert Lumbe	York Töllner
Josef Gudelius	Heinrich Maul	Johannes Treder
Dr. Frank Haenschke	Monika Meißner	Guenther Trefz
Gertrud Hartmann	Karl Müller	Heinrich Utta
Winfried Hecht	Max Müller	Andrea Vollmer
Peter Heeg	Georg Neubert	Klara Weber
Egon Heger	Pantelis Nikitopoulos	Karin Weiser
Christa Heinl	Eva Oppermann	Oliver Weyhmüller
Klaus Henning-Damasko	Daniel Orzschig	Paul Windisch
Jochen Himpele	Willi Petzchen	Victor Witschel
Heinz Hoffmann	Willi Pooch	

SPD

BADEN-WÜRTTEMBERG



www.spd-bw.de



www.facebook.com/spdbw



www.instagram.com/spd_bawue/



www.tiktok.com/@spd_bw



www.youtube.com/@SPDBW